

Prof. Dr. Georg Bitter

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Bank- und Kapitalmarktrecht, Insolvenzrecht

Vorlesung Schuldrecht

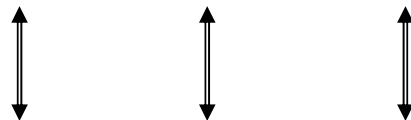
Allgemeiner Teil

1. Vorlesung Schuldrecht AT – Prof. Bitter
 - Erfüllung und Erfüllungssurrogate
 - Drei-Personen-Konstellationen
2. Vorlesung Leistungsstörungenrecht – Prof. Engert
 - Verzögerung, Unmöglichkeit, Mängel der Leistung (Kaufrecht, Werkvertragsrecht)
 - integrierte Übung mit Klausuren zu den Themen aller Vorlesungen 1. – 3.
3. Vorlesung AGB-/Verbraucherrecht – Prof. Franck
 - Abänderung dispositiven Rechts durch allgemeine Geschäftsbedingungen
 - Zwingendes Verbraucherschutzrecht für bestimmte Vertragstypen / Vertragsschlusssituationen

1. Schuldverhältnis – Grundlagen
2. Erfüllung (§§ 362 ff. BGB)
3. Hinterlegung (§§ 372 ff. BGB)
4. Aufrechnung (§§ 387 ff. BGB)
5. Abtretung und Schuldnerschutz (§§ 398 ff. BGB)
6. Mehrheit von Schuldern und Gläubigern (§§ 420 ff. BGB)
7. Schuld- und Vertragsübernahme (§§ 414 ff. BGB)
8. Vertrag zugunsten Dritter (§§ 328 ff. BGB)
9. Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
10. Drittschadensliquidation

1. Schuldrecht

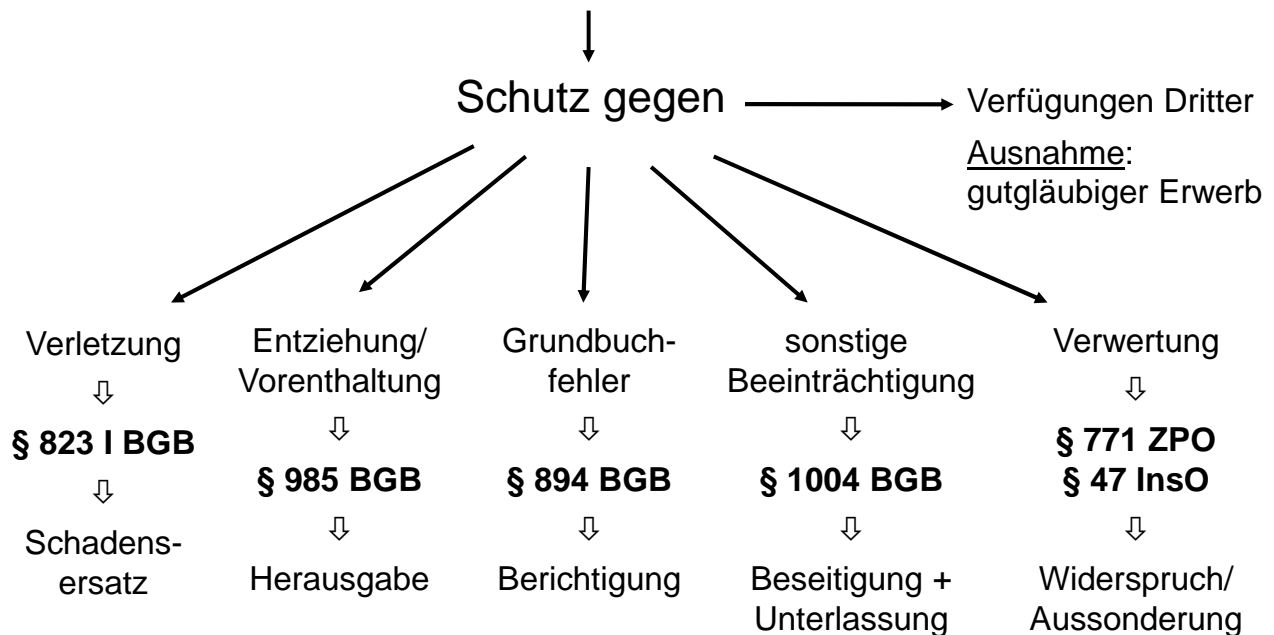
- Relative Wirkung zwischen den Parteien des Schuldverhältnisses
= Recht **auf** die Sache (Anspruch auf Übertragung der Sache)



2. Sachenrecht (= dingliches Recht)

- Absolute Wirkung gegenüber jedermann
= Recht **an** der Sache (Zuordnung der Sache zu einer Person)

= umfassendes und absolutes Herrschaftsrecht



1. Schuldrecht

- relative Wirkung
 - Ausnahmen: Vertrag zugunsten Dritter, Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte, Drittschadensliquidation
- i.d.R. dispositiv (= Gestaltungsfreiheit der Parteien)
 - Ausnahme: insbes. Verbraucherschutzrecht
 - Grenze: insbes. AGB-Recht; §§ 134, 138 BGB

2. Sachenrecht

- absolute Wirkung gegenüber jedermann ⇒ Folie 5
- Typenzwang (numerus clausus der Sachenrechte)

1. Schuldverhältnis
 - „Schuld“ = Leistungspflicht ⇨ Anspruch i.S.v. § 194 BGB
 - Rücksichtnahmepflichten (§ 241 II BGB)
2. Gefälligkeitsverhältnis ohne Leistungs-, aber mit Rücksichtnahmepflichten i.S.v. § 241 II BGB
3. Rein gesellschaftliche Gefälligkeit ohne Leistungs- und Rücksichtnahmepflichten
4. Abgrenzung: Rechtsbindungswille
 - Wert der anvertrauten Sache, wirtschaftliche Bedeutung einer Angelegenheit, erkennbares Interesse des Begünstigten, Gefahren durch fehlerhafte Leistung

1. Schuldverhältnis im engeren Sinne
 - konkrete Leistungsbeziehung = Anspruch i.S.v. § 194 BGB
 - Beispiel: Anspruch auf Kaufpreiszahlung (§ 433 II BGB)
 - angesprochen z.B. in §§ 362, 364, 397 BGB
2. Schuldverhältnis im weiteren Sinne
 - komplexes schuldrechtliches Rechtsverhältnis mit Leistungspflichten und -rechten, Verhaltenspflichten, Gestaltungsrechten
 - Beispiel: Kaufvertrag i.S.v. § 433 BGB
 - angesprochen z.B. in §§ 320 ff. BGB (gegenseitiger Vertrag), § 273 BGB (Zurückbehaltungsrecht)

1. Rechtsgeschäfte

- Entstehungsgrund: Wille der Parteien
- Hauptfall: Vertrag i.S.v. § 311 I BGB = mehrseitiges Rechtsgeschäft
 - ⇔ Sonderfall: Beschluss ⇔ Gesellschaftsrecht

2. Gesetz, z.B.

- deliktische Schuldverhältnisse (§§ 823 ff. BGB)
- ungerechtfertigte Bereicherung (§§ 812 ff. BGB)
- Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 ff. BGB)
- culpa in contrahendo (c.i.c., § 311 II BGB)

1. Dauerschuldverhältnisse

- nicht auf „einfachen“ Leistungsaustausch gerichtet
- längerfristige Vertragsbeziehung (Zeitmoment)
- i.d.R. wiederkehrende Verpflichtungen (z.B. beim Mietvertrag)
- Beendigung zumeist durch ordentliche = fristgemäße oder außerordentliche = fristlose Kündigung (§ 314 BGB)

2. Gesellschaftsverhältnis

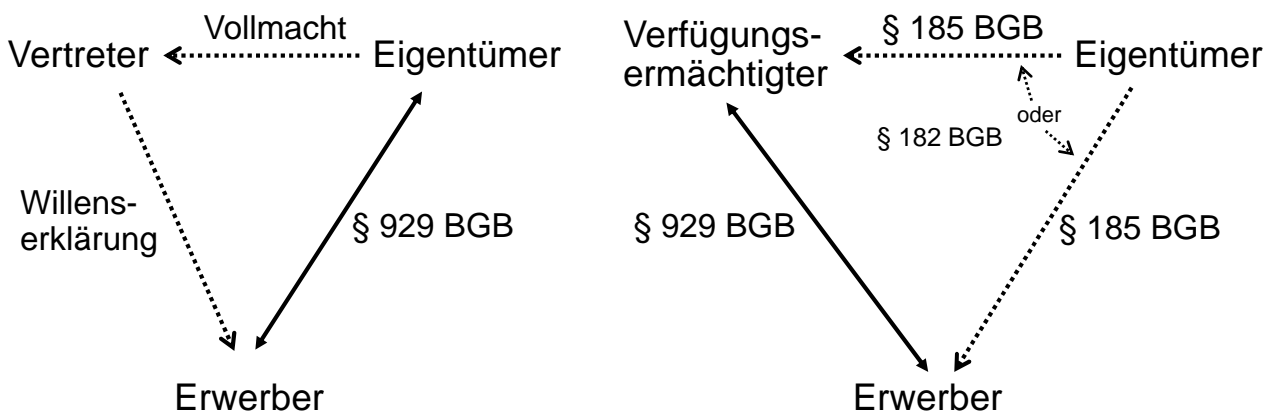
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts (§§ 705 ff. BGB)
- Entstehung einer Organisation
 - ⇔ Vorlesung „Gesellschaftsrecht“ im 3. Semester

1. Erlöschenstatbestände der §§ 362 ff. BGB
 - betrifft Schuldverhältnisse i.e.S.
 - Grundfall: Erfüllung (§ 362 BGB)
 - Sonderfälle: Aufrechnung (§§ 387 ff. BGB), Hinterlegung (§§ 372 ff. BGB), Erlass + negatives Schuldanerkenntnis (§ 397 BGB)
2. Sonstige Erlöschensgründe, z.B.
 - Unmöglichkeit (§ 275 I BGB bzw. § 326 I 1 BGB)
 - Rücktritt, Kündigung (§§ 323, 313 III, 314 BGB)
 - Widerruf (§ 355 BGB)
3. Klausur: Anspruch entstanden, erloschen, durchsetzbar

1. **Bewirken der geschuldeten Leistung**
 - Definition: Der Schuldner erbringt die rechtsgeschäftlich oder gesetzlich geschuldete Leistung zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, in der richtigen Art und Weise an den richtigen Gläubiger
 - i.d.R. Eintritt des Leistungserfolgs erforderlich, nicht nur Vornahme der Leistungshandlung
 - h.M.: Theorie der realen Leistungsbewirkung (BGH NJW 2015, 2497, Rn. 13) ⇒ *Fall Nr. 1 – Spaß mit dem Mofa*
2. **Erbringung am richtigen Ort zur richtigen Zeit**
 - nur maßgeblich für Erfüllung, wenn Identitätsmerkmal der geschuldeten Leistung
 - z.B. Feuerwerk um Mitternacht / Bauwerk an bestimmtem Ort

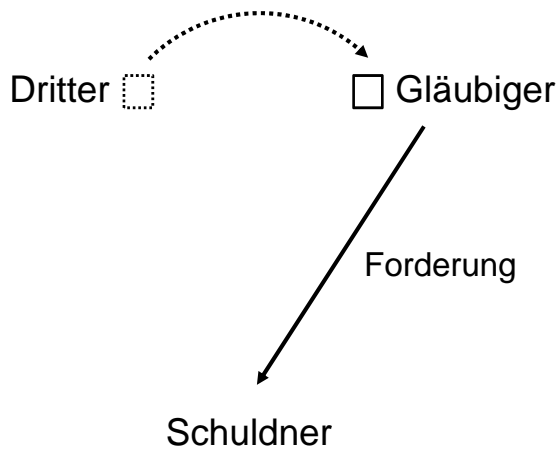
3. Leistung an den richtigen Gläubiger

- Ausnahme: Leistung an einen Dritten (§§ 362 II, 185 BGB)
 - Ermächtigung zur Entgegennahme mit Wirkung für den Gläubiger
 - ⇒ rechtsgeschäftlich: Einwilligung (§§ 185 I, 183 BGB) oder Genehmigung (§§ 185 II, 184 BGB) ⇒ Folien 14 f.
 - ❖ ausdrücklich oder aus den Umständen
 - ⇒ *Fall Nr. 2 – Untreuer Notar*
 - ⇒ gesetzlich: §§ 1074, 1282 BGB (Nießbraucher/Pfandgläubiger)
 - Abgrenzung zum Vertrag zugunsten Dritter (§ 328 BGB)
 - ⇒ dort eigenes Forderungsrecht aus fremdem Vertrag
 - Abgrenzung zu §§ 407, 408 BGB ⇒ Folien 63 ff.
 - ⇒ dort einseitiger Schuldnerschutz (mit subj. Tatbestand)

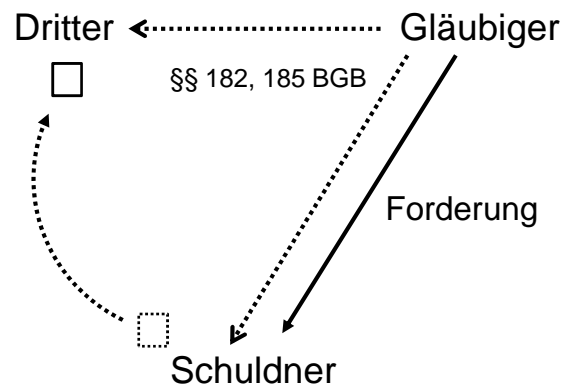


Handeln im **fremden** Namen

Handeln im **eigenen** Namen



Leistung **durch** einen Dritten
(§ 267 BGB)

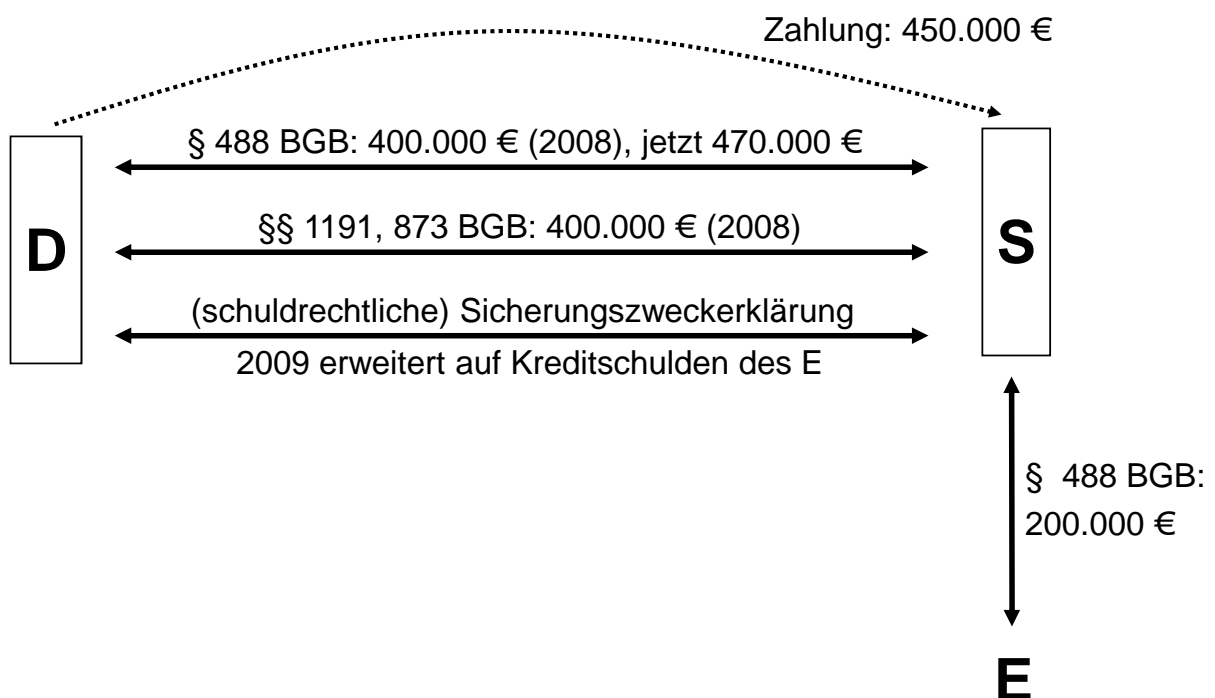


Leistung **an** einen Dritten
(§§ 362 II, 185 BGB)

4. Leistung durch den richtigen Schuldner

- Ausnahme: Leistung durch einen Dritten (§ 267 BGB)
 - Leistender = Dritter ⇔ Vertreter, Erfüllungsgehilfe
 - keine höchstpersönliche Leistungspflicht
 - ⇒ per Gesetz z.B. § 27 III BGB, § 613 S. 1 BGB, § 664 I BGB, § 691 I BGB, § 2218 I BGB
 - ⇒ per – stillschweigender – vertraglicher Abrede: künstlerische, wissenschaftliche, ggf. medizinische Leistung
 - Fremdtilgungswille des Dritten (obj. Empfängerhorizont)
 - ⇒ *Fall Nr. 3 – Sanierungsbedürftige Eigentumswohnung*

1. Problem: Anrechnung der Leistung des Schuldners auf mehrere gleichartige Forderungen
2. Grundsatz: Tilgungsbestimmungsrecht des Schuldners (§ 366 I BGB)
 - auch konkludent möglich (z.B. exakte Höhe der Forderung)
⇒ *Fall Nr. 4 – Verschuldete Eheleute* ⇒ Folie 18
 - Verzicht möglich; Grenzen: §§ 138, 242, 307 BGB
 - Problem: Anfechtbarkeit der Bestimmung
⇒ *Fall Nr. 5 – Streit um die Sporthalle*
3. Ausnahme: Gesetzliche Tilgungsreihenfolge (§ 366 II BGB)
⇒ Folie 19



3. Ausnahme: Gesetzliche Tilgungsreihenfolge (§ 366 II BGB)

- fällige Schuld vor nicht fälliger Schuld
- Gläubigerinteresse: geringere Sicherheit
 - Qualität der Sicherheit / Verjährbarkeit der Forderung (BGHZ 179, 1, Rdn. 19)
- Schuldnerinteresse: lästigere Schuld
- ältere Schuld
- verhältnismäßige Tilgung
- Beispiel: S zahlt an G 15.000 / 25.000 € bei folgendem Schuldenstand
 - (1) Kredit 10.000 € zu 7 % durch Grundschuld gesichert
 - (2) Kredit 10.000 € zu 7 % durch Bürgschaft gesichert
 - (3) Kredit 10.000 € zu 6 % ohne Sicherheit
 - (4) Kaufpreisanspruch 10.000 € ohne Sicherheit

1. Erlöschen der Schuld bei Erfüllung (§ 362 I BGB)

- betrifft Schuldverhältnis i.e.S. = Anspruch i.S.v. § 194 BGB
- Fortbestand des Schuldverhältnisses i.w.S.
 - weitere Leistungspflichten (insbes. bei Dauerschuldverhältnis)
 - Rücksichtnahmepflichten (§ 241 II BGB)

2. Beweislastumkehr bei Annahme als Erfüllung (§ 363 BGB)

- Gläubiger muss beweisen, dass die Leistung nicht wie geschuldet oder unvollständig erbracht ist

3. Anspruch auf Quittung (§ 368 BGB)

4. Anspruch auf Rückgabe eines Schuldscheins (§ 371 BGB)

1. Annahme an Erfüllungs statt (§ 364 I BGB)

- Erlöschen des Schuldverhältnisses i.e.S.
 - Gläubiger trägt Verwendungs- und Verwertungsrisiko
 - Voraussetzung: Einverständnis des Gläubigers
 - ausdrücklich oder aus den Umständen
 - ⇒ Abgrenzung zur Annahme erfüllungshalber (§ 364 II BGB)
 - Sonderfall: Ersetzungsbefugnis des Schuldners
 - bei Mängeln Anwendung des Gewährleistungsrechts (§ 365 BGB)
- ⇒ *Fall Nr. 6 – Inzahlungnahme bei Protz*

2. Annahme erfüllungshalber (vgl. § 364 II BGB)

- hilfsweise Annahme, um aus der Verwertung Befriedigung zu suchen
 - Erfüllung erst mit Befriedigung, nicht schon bei Annahme
 - Verwertungsrisiko und -chance trägt der Schuldner
 - Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners hinsichtlich der eigentlich geschuldeten Leistung, solange die Befriedigung aus dem erfüllungshalber angenommenen Gegenstand (noch) nicht gescheitert ist
 - Beispiele: Zahlung mit Scheck, Wechsel, ec- oder Kreditkarte
- ⇒ *Fall Nr. 7 – Kreditkarte in der Krise*

1. Allgemeine Voraussetzungen

- hinterlegungsfähiger Gegenstand
 - Geld, Wertpapiere, sonst. Urkunden, Kostbarkeiten
- zuständige Hinterlegungsstelle
 - Amtsgericht (§ 1 II HintG-BW) ⇒ öff.-rechtl. Verwahrverhältnis
- Hinterlegungsberechtigter: Schuldner

2. Hinterlegungsgründe (vgl. z.B. OLG Hamm ZIP 2016, 1552 f.)

- Gläubigerverzug = Annahmeverzug (§ 372 S. 1 BGB) ⇒ Folien 27 ff.
- andere in der Person des Gl. liegende Gründe (§ 372 S. 2 Alt. 1 BGB)
 - Beispiel: Gläubiger ist verschollen / geschäftsunfähig + ohne Vertreter
- Ungewissheit über die Person des Gläubigers (§ 372 S. 2 Alt. 2 BGB)
 - ⇒ b.w.

2. Hinterlegungsgründe (Fortsetzung)

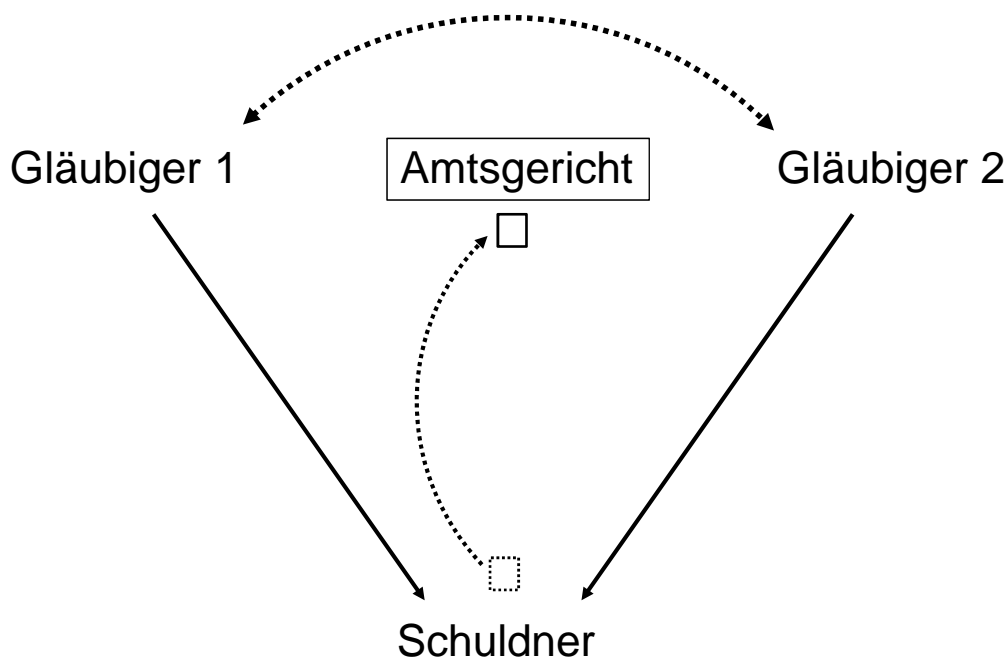
- Ungewissheit über die Person des Gläubigers (§ 372 S. 2 Alt. 2 BGB)
 - anfängliche Ungewissheit
 - ⇒ Beispiel: Ein-Personen-GmbH / Konzerngesellschaften
 - nachträgliche Ungewissheit
 - ⇒ Hauptanwendungsfall: Einzel- / Gesamtrechtsnachfolge
 - Unklarheit über die Person bei gleichem Rechtsgrund
 - ⇔ nicht: Unsicherheit über Ansprüche aus verschiedenen Rechtsgründen
 - fehlende Fahrlässigkeit des Schuldners
 - ⇒ Prüfung der Sach- und Rechtslage
- ⇒ *Fall Nr. 8 – Kopfloser Reitlehrer*

3. Rechtsfolgen der Hinterlegung

- Erlöschen des Schuldverhältnisses i.e.S. bei unwiderruflicher Hinterlegung (§ 378 BGB)
 - ausdrücklicher Verzicht auf Rücknahme erforderlich (§ 376 II Nr. 1 BGB)
- Verweis des Gläubiger auf die hinterlegte Sache bei widerruflicher Hinterlegung = Einrede (§ 379 I BGB)
 - Gefahrübergang auf den Gläubiger (§ 379 II BGB)

4. Herausgabe / Prätendentenstreit

- AGL: § 812 I 1 Alt. 2 BGB: (vermeintliche) Gläubigerstellung ggü. der Hinterlegungsstelle als vermögenswerte Rechtsposition ⇒ Folie 26
- Klage auf Zustimmung zur Herausgabe; Fiktion durch Urteil (§ 894 ZPO)



1. Erfüllbarer Anspruch des Gläubigers

= der Schuldner muss leisten dürfen – § 271 BGB

2. Angebot des Schuldners

a) Grundsatz: tatsächliches Angebot – § 294 BGB

- Vornahme der Leistungshandlung zur rechten Zeit – § 271 BGB
- am rechten Ort – §§ 269, 270 BGB
- in vereinbarter Art + Weise (z.B. vollständig § 266 BGB, mangelfrei)
- bei Schickschuld/Versendungskauf: Eintreffen beim Gläubiger (Gefahrübergang nach § 447 BGB insoweit ohne Bedeutung)

b) Ausnahme: wörtliches Angebot – § 295 BGB

- bei Erklärung der Nichtannahme durch den Gläubiger
- bei notwendiger Mitwirkungshandlung des Gläubigers (Holschuld)

c) Ausnahme: Angebot entbehrlich – § 296 BGB / § 242 BGB

- kalendermäßige Bestimmung oder Berechenbarkeit einer Mitwirkungshandlung des Gläubigers
≈ § 286 II Nr. 1 und 2 BGB beim Schuldnerverzug
- Angebot als sinnlose Förmerei bei erklärter Nichtannahme

3. Leistungsvermögen des Schuldners z.Z. des § 297 BGB

- Grund des Leistungshindernisses ist unerheblich
- bei Verantwortlichkeit des Gläubigers ggf. § 326 II 1 Alt. 1 BGB

4. Gläubiger nimmt die Leistung nicht an – § 293 BGB

- Grund für Nichtannahme (insbes. Verschulden) unerheblich
- auch bei fehlendem Angebot der Gegenleistung – § 298 BGB
- Ausnahme: vorübergehende Annahmeverhinderung – § 299 BGB

1. **Haftungsmilderung – § 300 I BGB**

- Schuldner hat nur Vorsatz + grobe Fahrlässigkeit zu vertreten
- gilt nicht bei Verletzung von Schutzpflichten i.S.v. § 241 II BGB

2. **Leistungsgefahr geht über bei Gattungsschuld – § 300 II BGB**

- Aussonderung der Leistung erforderlich
- Bedeutung in zwei Fallgruppen
 - Annahmeverzug nach § 295 BGB oder § 296 BGB
(bei § 294 BGB bereits Konkretisierung nach § 243 II BGB)
 - Fälle der Unanwendbarkeit von § 243 II BGB (z.B. § 270 I BGB)

3. **Preisgefahr geht über – § 326 II 1 Alt. 2 BGB**

4. **Ersatzanspruch für Mehraufwendungen – § 304 BGB**

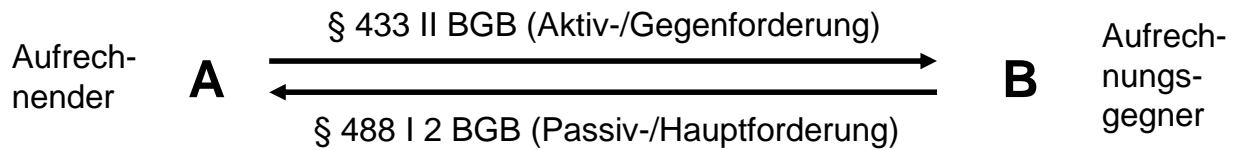
5. **Wegfall der Verzinsung – § 301 BGB**

6. **Herausgabe nur der tatsächlich gez. Nutzungen – § 302 BGB**

7. **Folgen für die Leistungspflicht des Schuldners**

- a) Grundsatz: Fortbestand der Leistungspflicht
- b) Befreiung möglich durch
 - **Hinterlegung bei Geld, Urkunden, Kostbarkeiten – § 372 BGB !!!**
 - Versteigerung bei sonstigen beweglichen Sachen + Hinterlegung des Erlöses – § 383 BGB
 - Besitzaufgabe bei unbeweglichen Sachen – § 303 BGB
(aber: Fortbestand der Pflicht zur Übereignung)

➔ **Daneben Schuldnerverzug möglich (z.B. bei § 433 II BGB)**



Funktionen der Aufrechnung

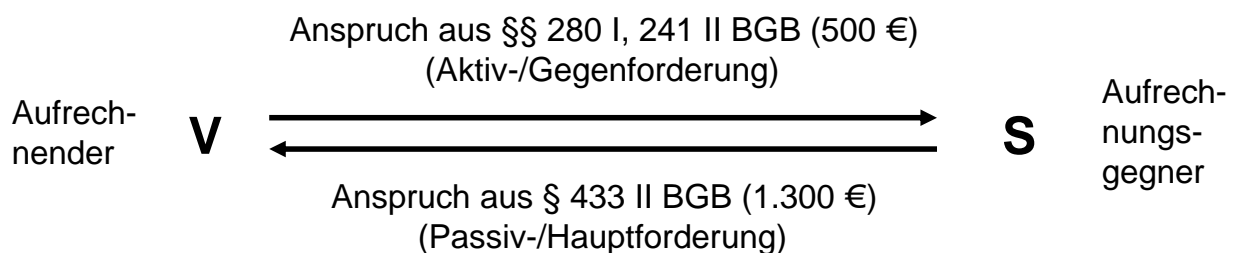
1. Vereinfachungsfunktion
 - Vermeidung von Hin- und Herzahlungen durch Saldierung
2. Befriedigungsfunktion / Privatvollstreckung
 - Durchsetzung eigener (Aktiv-)Forderung durch Verrechnung mit fremder (Passiv-)Forderung

1. Aufrechnungslage (§ 387 BGB)
 - a) Gegenseitigkeit der Forderungen
 - Gläubiger der einen Forderung ist Schuldner der anderen
 - Ausnahmen z.B. § 392 BGB und § 406 BGB (Folien 56 ff.)
 - b) Gleichartigkeit der Forderungen
 - auf den selben Gegenstand gerichtet
 - in der Praxis i.d.R. nur bei Geldforderungen
 - gleiche Höhe nicht erforderlich (vgl. § 389 BGB: „soweit“)
 - bei fehlender Gleichartigkeit nur Zurückbehaltungsrecht (§ 273 BGB)
 - Beispiel bei BGH NJW 2015, 2497 (Rn. 21 ff.): Zahlungsanspruch ⇔ Anspruch auf Abtretung eines Zahlungsanspruchs

- c) Fälligkeit + Durchsetzbarkeit der Aktiv-/Gegenforderung
 - Anspruch besteht (noch), ist fällig und durchsetzbar (§ 390 BGB)
 - Sonderfall: Aufrechnung mit verjährter Forderung (§ 215 BGB)
 - ⇒ *Fall Nr. 9 – Schwieriger Mieter* ⇒ b.w.
- d) Erfüllbarkeit der Passiv-/Hauptforderung
 - keine Fälligkeit und Einredefreiheit erforderlich
 - ⇔ anders bei § 770 II BGB – Einrede der Aufrechenbarkeit (5. Semester)
 - ⇒ *Fall Nr. 10 – Unglück im Glück*

2. Aufrechnungserklärung = Gestaltungsrecht (§ 388 BGB)

- einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung
- Bedingungsfeindlichkeit (§ 388 S. 2 BGB)
- aber hilfsweise Aufrechnung im Prozess möglich



- 31.05. Übergabe + Auszug aus der Wohnung
Kaufvertrag über die Küche + Anzahlung i.H.v. 200 €
- 10.12. Aufrechnung mit Schadensersatzansprüchen

3. Kein Aufrechnungsverbot

- a) Vertraglicher Aufrechnungsausschluss
 - AGB-rechtliche Grenze des § 309 Nr. 3 BGB
 - Festlegung bestimmter Zeit + bestimmten Ortes (§ 391 II BGB)
- b) Gesetzlicher Aufrechnungsausschluss
 - Passiv-/Hauptforderung aus unerlaubter Handlung (§ 393 BGB)
 - ⇒ *Fall Nr. 11 – Adler gegen Eisbären*
 - unpfändbare Passiv-/Hauptforderung (§ 394 BGB)
 - z.B. unpfändbares Arbeitseinkommen (§§ 850 ff. ZPO)
 - Parallelvorschrift in § 400 BGB für die Abtretung ⇒ Folie 48
 - Passiv-/Hauptforderung öffentlich-rechtlicher Körperschaft (§ 395 BGB)
 - Verschärfung des Gegenseitigkeitserfordernisses

4. Rechtsfolge

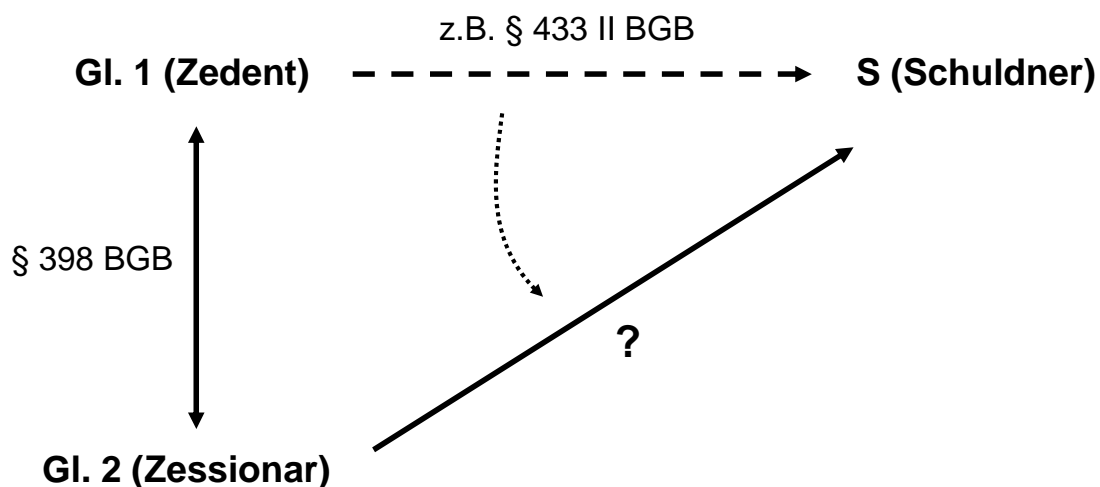
- a) Normalfall: Gläubiger + Schuldner haben je eine Forderung
 - Erlöschen der Forderungen, soweit sie sich decken (§ 389 BGB)
 - = Erfüllungssurrogat
 - Merke: Beginn der Aufrechnungsprüfung in Klausur + Hausarbeit immer mit der rechtsvernichtenden Einwendung des § 389 BGB
- b) Sonderfall: Mehrheit von Forderungen
 - Bestimmungsrecht des Aufrechnenden (§ 396 I 1 BGB)
 - bei Widerspruch des Gegners oder fehlender Bestimmung: Anwendbarkeit des § 366 II BGB ⇒ Folie 19

1. Gesamtrechtsnachfolge

- Erbfolge (§ 1922 BGB)
- Umwandlungsrecht: Fusion (§ 20 UmwG), Spaltung (§ 131 UmwG)

2. Einzelrechtsnachfolge

- rechtsgeschäftlich = Abtretung (§§ 398 ff. BGB)
- gesetzlich (cessio legis) ⇒ Anwendung des Abtretungsrechts (§ 412 BGB)
 - Beispiele: §§ 426 II, 774 I 1, 1225, 1143 BGB, § 86 I 1 VVG
- Hoheitsakt: Pfändung und Überweisung (§§ 829, 835 ZPO)



Anspruchsgrundlage Gl. 2 (Zessionar) → S (Schuldner): § 433 II i.V.m. § 398 BGB

1. Abtretung = Übertragung der Gläubigerstellung
 - im Schuldrecht geregeltes „dingliches“ Verfügungsgeschäft
2. Schuldrechtliches Verpflichtungsgeschäft
 - Rechtsgrund, *warum* die Verfügung durch Abtretung erfolgt
 - Beispiele: Forderungskauf (Factoring), Schenkung, Sicherungsvertrag (⇒ Kreditsicherungsrecht)
3. Geltung des Trennungs- und Abstraktionsprinzips
 - schuldrechtliche Verpflichtung zur Abtretung und „dingliches“ Verfügungsgeschäft der Abtretung sind zu trennen
 - beide Geschäfte sind in ihrer Wirksamkeit abstrakt zu beurteilen

1. Erwerb der Forderung gegen S durch Abtretung
 - Existenz der abzutretenden Forderung
 - Einigung über den Übergang der Gläubigerstellung
 - Vertrag i.S.v. §§ 145 ff. BGB, auch in AGB (z.B. BGH ZIP 2012, 2358)
 - Bestimmtheit der Einigung ⇒ Folie 45
 - Wirksamkeit der Einigung (insbes. §§ 134, 138, 307 BGB)
⇒ *Fall Nr. 12 – Arzthonorar (Grundfall)*
 - Berechtigung des Zedenten (Gl. 1) ⇒ Folie 47
 - keine Ausschlussgründe ⇒ Folie 48
 - vertraglicher Ausschluss – § 399 Alt. 2 BGB
 - Inhaltsänderung der Leistung – § 399 Alt. 1 BGB
 - Unpfändbarkeit der Forderung – § 400 BGB (insbes. §§ 850 ff. ZPO)

1. Erwerb der Forderung gegen S durch Abtretung

- Einigung über den Übergang der Gläubigerstellung
 - Vertrag i.S.v. §§ 145 ff. BGB, auch in AGB (z.B. BGH ZIP 2012, 2358)
 - Bestimmtheit der Einigung ⇒ Folie 45
 - Wirksamkeit der Einigung (insbes. §§ 134, 138, 307 BGB)
 - ⇒ *Fall Nr. 12 – Arzthonorar (Grundfall)*
- Berechtigung des Zedenten (Gl. 1)
 - Existenz der abzutretenden Forderung
 - Inhaberschaft oder Ermächtigung (§ 185 BGB) ⇒ Folie 47
- keine Ausschlussgründe ⇒ Folie 48
 - vertraglicher Ausschluss – § 399 Alt. 2 BGB
 - Inhaltsänderung der Leistung – § 399 Alt. 1 BGB
 - Unpfändbarkeit der Forderung – § 400 BGB (insbes. §§ 850 ff. ZPO)

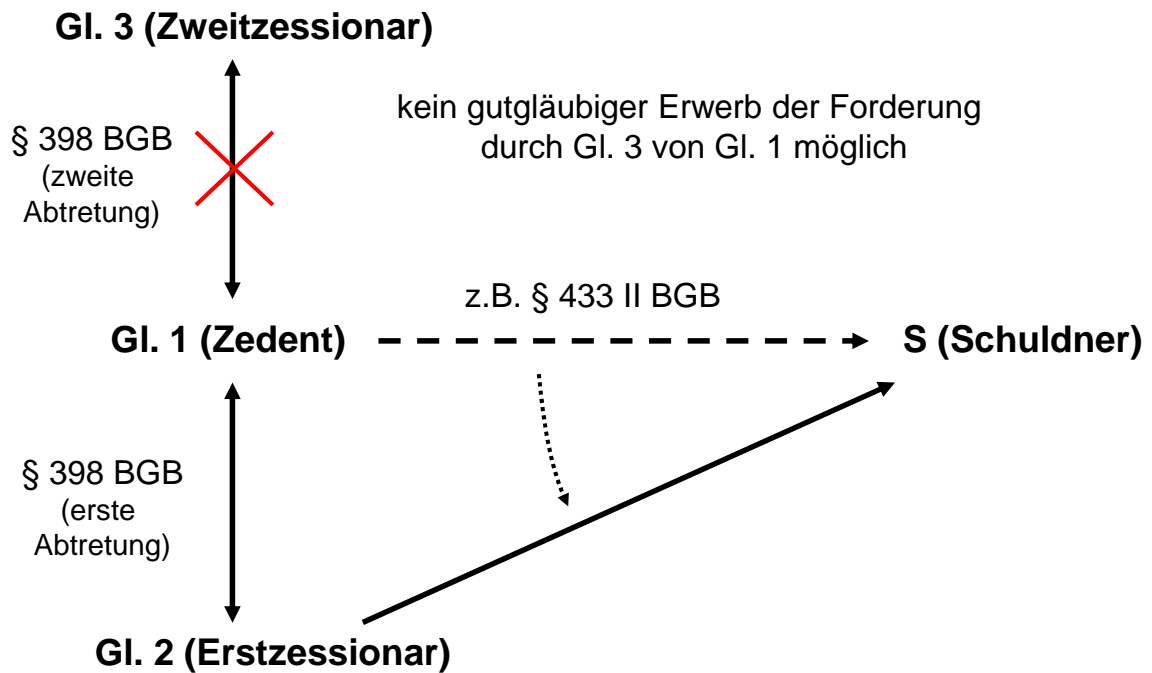
alternativer
Aufbau

2. Verlust der Forderung beim Zessionar (Gl. 2)

- nur durch zweite Abtretung zw. Zessionar (Gl. 2) und Drittem
- kein gutgläubiger Erwerb vom Zedenten (Gl. 1) möglich ⇒ Folie 43

3. Erlöschen der Forderung

- durch Erfüllung (§ 362 I BGB)
 - Grundsatz: Leistung an den (richtigen) Gläubiger (Gl. 2)
 - Ausnahme (§§ 407 ff. BGB): Leistung an Nichtgläubiger (z.B. Gl. 1)
- durch Aufrechnung (§ 389 BGB)
 - Grundsatz: Gegenanspruch gegen Zessionar (Gl. 2)
 - Ausnahme (§ 406 BGB): Gegenanspruch gegen Zedent (Gl. 1)



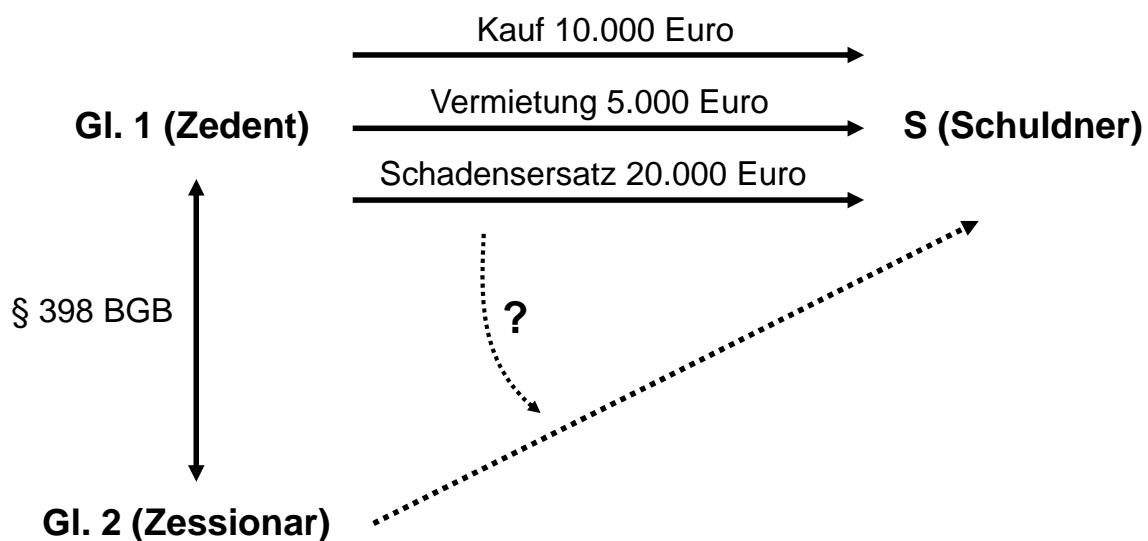
§ 203 Verletzung von Privatgeheimnissen

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehörigen eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
 2. Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlußprüfung,
 3. Rechtsanwalt, Patentanwalt, Notar, Verteidiger in einem gesetzlich geordneten Verfahren, Wirtschaftsprüfer, vereidigtem Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten oder Organ oder Mitglied eines Organs einer Rechtsanwalts-, Patentanwalts-, Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft,
 4. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater sowie Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist.
 - 4a. Mitglied oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,
 5. staatlich anerkanntem Sozialarbeiter oder staatlich anerkanntem Sozialpädagogen oder
 6. Angehörigen eines Unternehmens der privaten Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung oder einer privatärztlichen, steuerberaterlichen oder anwaltlichen Verrechnungsstelle
- anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) ...

1. Definition: Individualisierbarkeit der abgetretenen Forderung durch konkrete Bezeichnung
 - Sinn: Klarheit der Zuordnung von Rechten
2. Forderungsmehrheiten
 - Abtretung „aller Forderungen“ aus einer bestimmten Art von Geschäften (z.B. Kaufverträgen) = Globalzession
 - bei Teilbeträgen muss die konkrete Aufteilung auf mehrere Forderungen feststehen
3. Künftige Forderungen (Vorausabtretung)
 - ausreichend, dass im Moment der Entstehung die abgetretene Forderung nach Gläubiger, Schuldner und Rechtsgrund feststeht



Erklärung: „Die Ansprüche des Gl. 1 (Zedent) gegen den Schuldner S werden in Höhe von 8.000 Euro an Gl. 2 (Zessionar) abgetreten.“

1. Arten der Berechtigung des Verfügenden

- Forderungsinhaberschaft
 - ❖ **Achtung:** Prioritätsgrundsatz ⇒ nach einer wirksamen Erstzession ist der Zedent bei einer Zweitzeption Nichtberechtigter
- Ermächtigung durch den Forderungsinhaber (§ 185 BGB)

2. Gutgläubenserwerb vom Nichtberechtigten

- im Gegensatz zum Sachenrecht (§§ 892, 932 BGB) grundsätzlich ausgeschlossen
 - Grund: kein Rechtsscheinträger vorhanden (⇔ §§ 891, 1006 BGB)
- begrenzte Ausnahme in § 405 BGB (Abtretung unter Vorlage eines Schuldscheins)
 - Überwindung nur des § 117 BGB (Scheingeschäft) und des § 399 Alt. 2 BGB (Ausschluss der Abtretung)

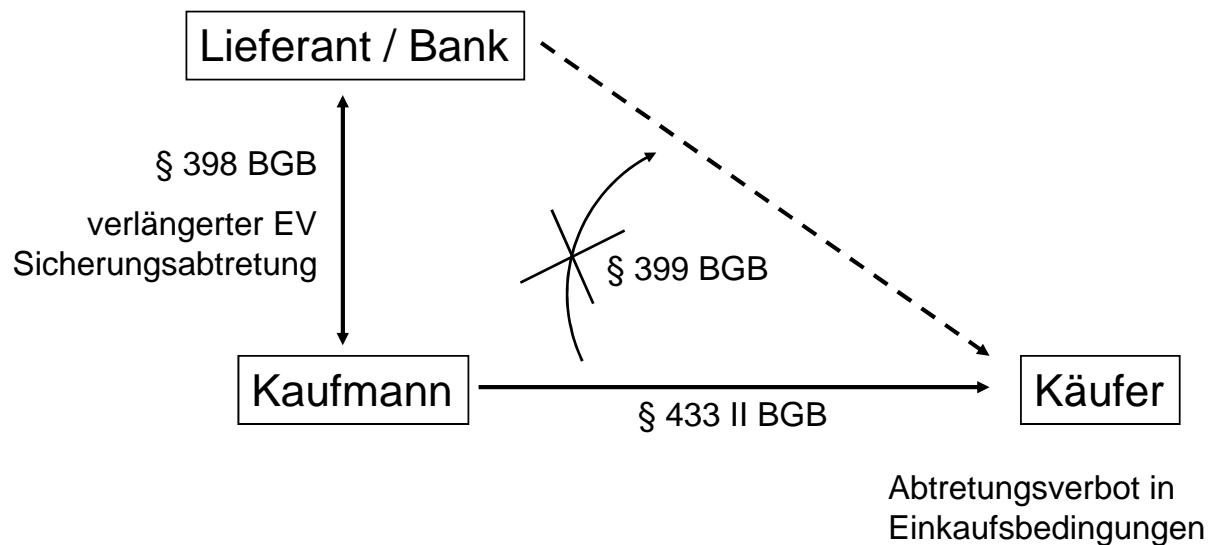
1. Grundsatz: Verkehrsfähigkeit von Forderungen

2. Gesetzlicher Ausschluss der Abtretbarkeit

- Beispiele: § 473 S. 1 BGB (Vorkaufsrecht), § 717 S. 1 BGB („Sozialansprüche“ bei Gesellschaft)
- Auslegungsregeln: § 613 S. 2 BGB (Dienstleistung), § 664 II BGB (Auftragsausführung)
- Abtretungsverbot aus § 399 Alt. 1 BGB (Änderung des Leistungsinhalts)
 - z.B. zweckgebundene Leistungen
- Abtretungsverbot aus § 400 BGB (unpfändbare Forderung)
 - z.B. Unpfändbarkeit von Arbeitseinkommen (§§ 850 ff. ZPO)

3. Vertragliches Abtretungsverbot (§ 399 Alt. 2 BGB)

- „dingliche“ Wirkung des Übertragungsausschlusses (⇔ § 137 BGB)



⇒ Vorlesung „Handelsrecht“ im 3. Semester

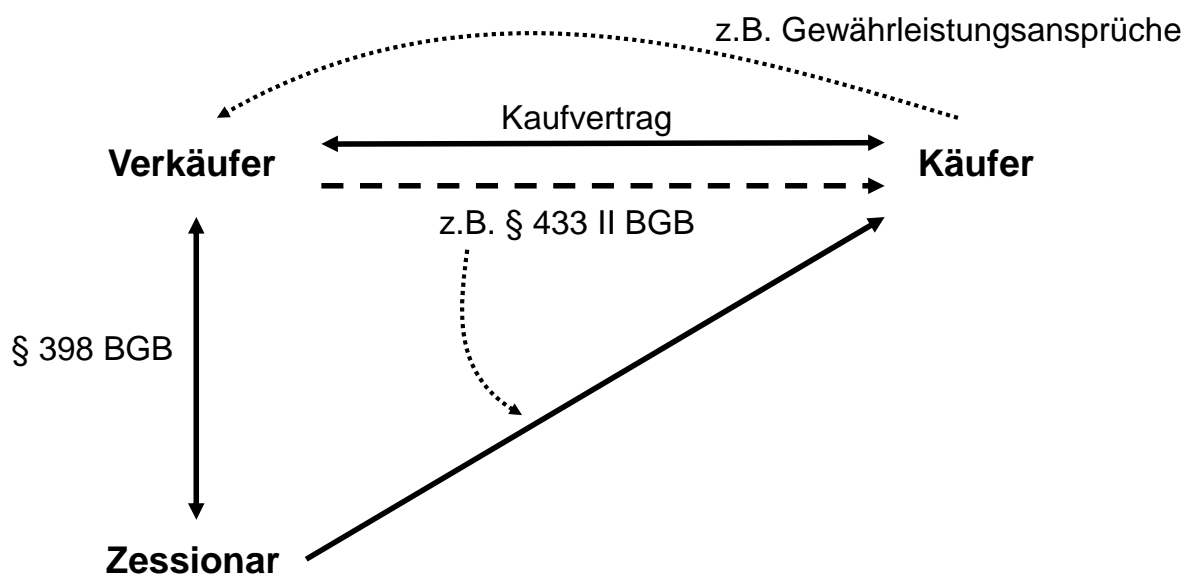
1. Problem:

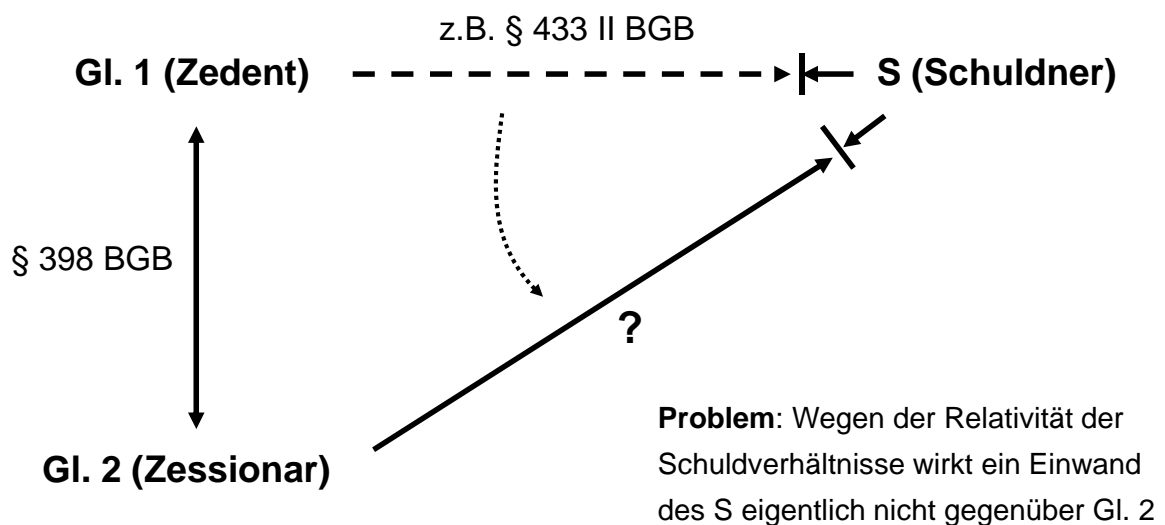
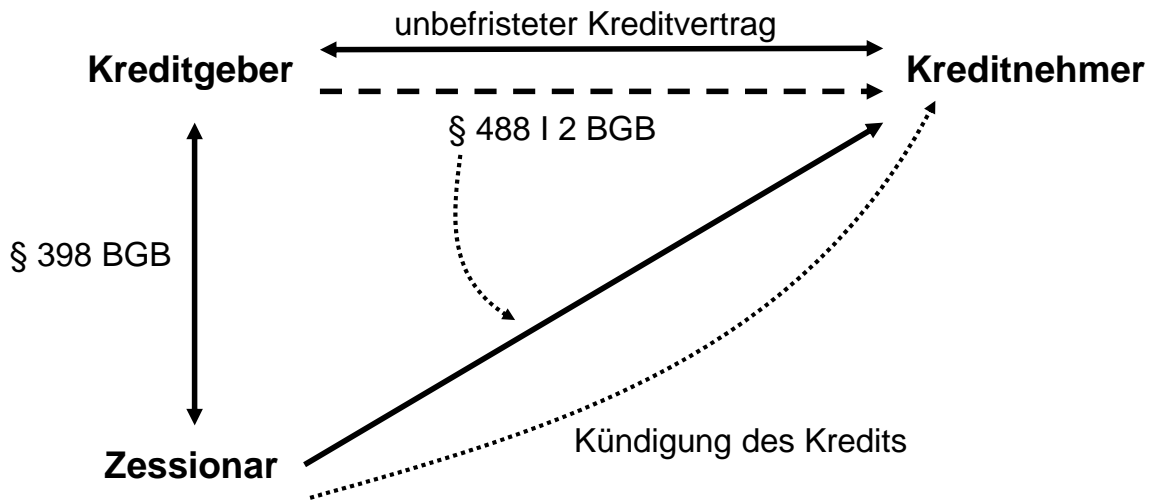
- Forderungen des Kaufmanns stehen – insbesondere im Rahmen eines verlängerten EV – wegen eines mit dem Abnehmer – oft in Einkaufsbedingungen (AGB) – vereinbarten Abtretungsverbots (§ 399 BGB) nicht als Kreditsicherheit zur Verfügung

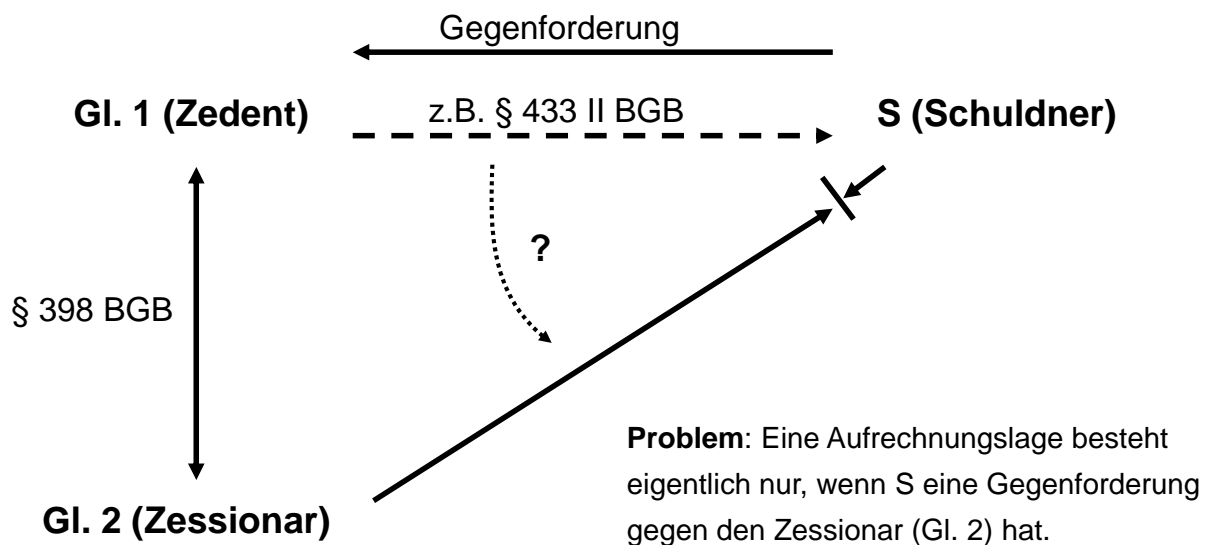
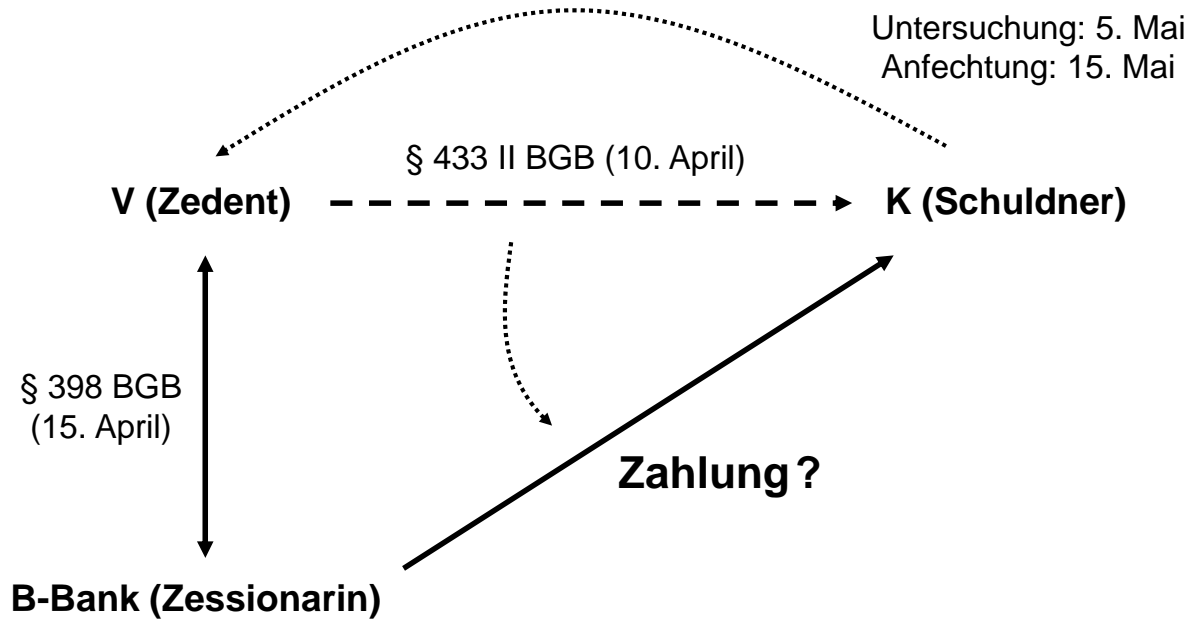
2. Lösung

- Forderungsübergang trotz Abtretungsverbots (§ 354a I 1 HGB)
 - ⇒ Interesse des Zessionars (z.B. Lieferant mit verl. EV) wird gewahrt
- Schuldner kann dennoch an bisherigen Gläubiger leisten (§ 354a I 2 HGB)
 - ⇒ Interesse des Abnehmers wird gewahrt
- **seit dem Risikobegrenzungsgesetz:** Absatz 2 ⇒ Abs. 1 gilt nicht für Forderungen aus Darlehensverträgen, wenn Gläubiger = Kreditinstitut

1. Wechsel des Gläubigers
 - Forderung geht auf den Zessionar über
 - ⇔ Einziehungsermächtigung: dort nur Befugnis zur Einziehung, während die Forderung beim bisherigen Gläubiger bleibt
 - bei ggf. zugrunde liegendem Vertrag bleibt Zedent Vertragspartner und Inhaber der auf den Gesamtvertrag bezogenen Gestaltungsrechte, b.w.
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten (§ 401 BGB)
 - Übergang von Hypothek, Schiffshypothek, Pfandrecht, Bürgschaft
 - Anspruch auf Übertragung nicht akzessorischer Sicherungsrechte
 - ⇒ Vorlesung „Kreditsicherungsrecht“ im 5. Semester
 - Übergang eines Anspruchs auf Auskunft + Rechnungslegung
 - Übergang forderungsbezogener Gestaltungsrechte ⇒ Folie 53
3. Nebenpflichten des Zedenten (§§ 402, 403 BGB)

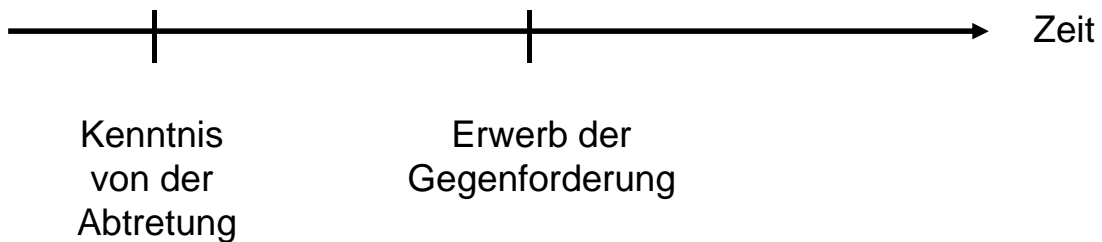




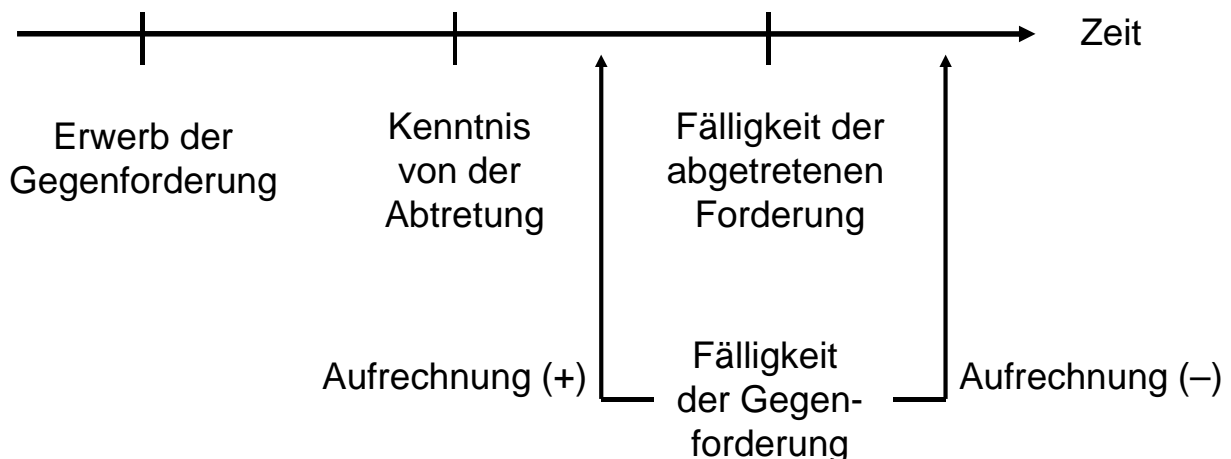


§ 406 BGB: Schuldner soll durch Abtretung nicht schlechter stehen
⇒ Schutz, falls er auf die Aufrechnungsmöglichkeit vertrauen konnte

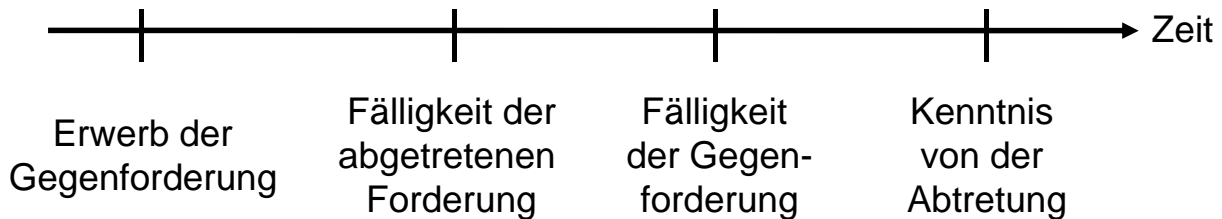
⇒ Die Aufrechnung ist ausgeschlossen, wenn der Schuldner beim Erwerb der Gegenforderung Kenntnis von der Abtretung hatte.



⇒ Die Aufrechnung ist ausgeschlossen, wenn die Gegenforderung erst nach der Erlangung der Kenntnis und später als die abgetretene Forderung fällig wird.



⇒ Die Aufrechnung ist ausgeschlossen, wenn die Gegenforderung erst nach der Erlangung der Kenntnis und später als die abgetretene Forderung fällig wird.



⇒ Die Aufrechnung ist hier möglich, weil der Schuldner schutzwürdig ist; er hat möglicherweise im Vertrauen auf die Aufrechnungslage seine Gegenforderung nicht sogleich eingezogen.

1. Anwendungsbereich des § 406 BGB

- Aufrechnung nach der Abtretung
- gegenüber dem Zessionar
- in Kenntnis der Abtretung

⇒ Fall Nr. 14 – Lieferschwierigkeiten
(Grundfall + Abwandlung 2)

2. Anwendung des § 404 BGB

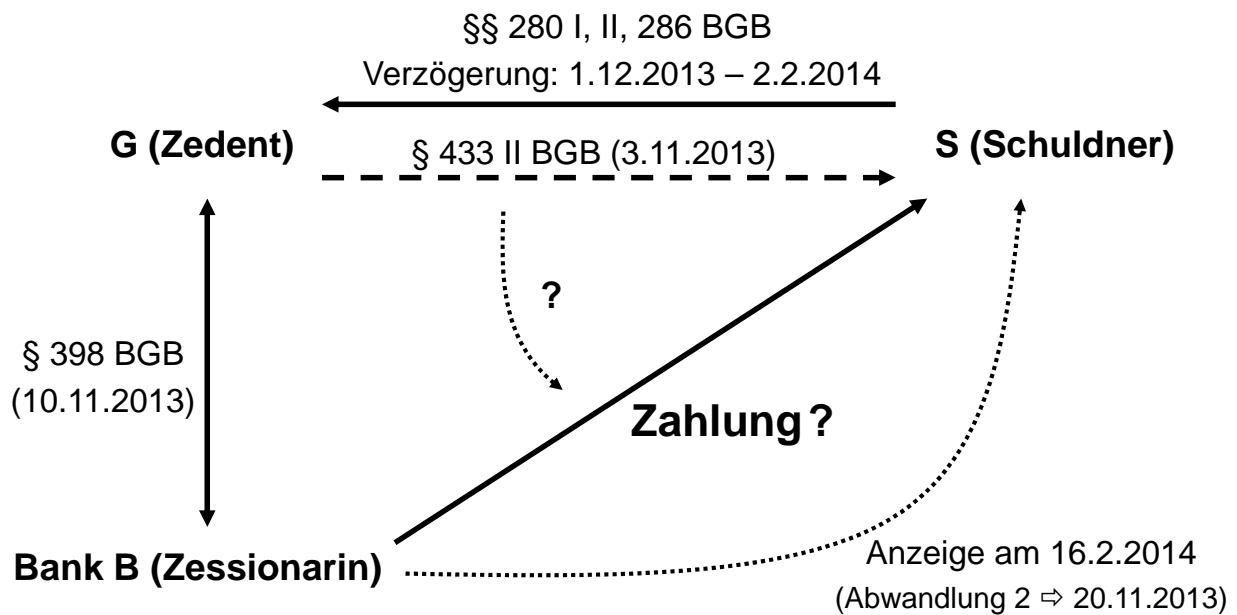
- Aufrechnung vor der Abtretung
- gegenüber dem (späteren) Zedenten

⇒ Fall Nr. 14 – Lieferschwierigkeiten
(Abwandlung 3)

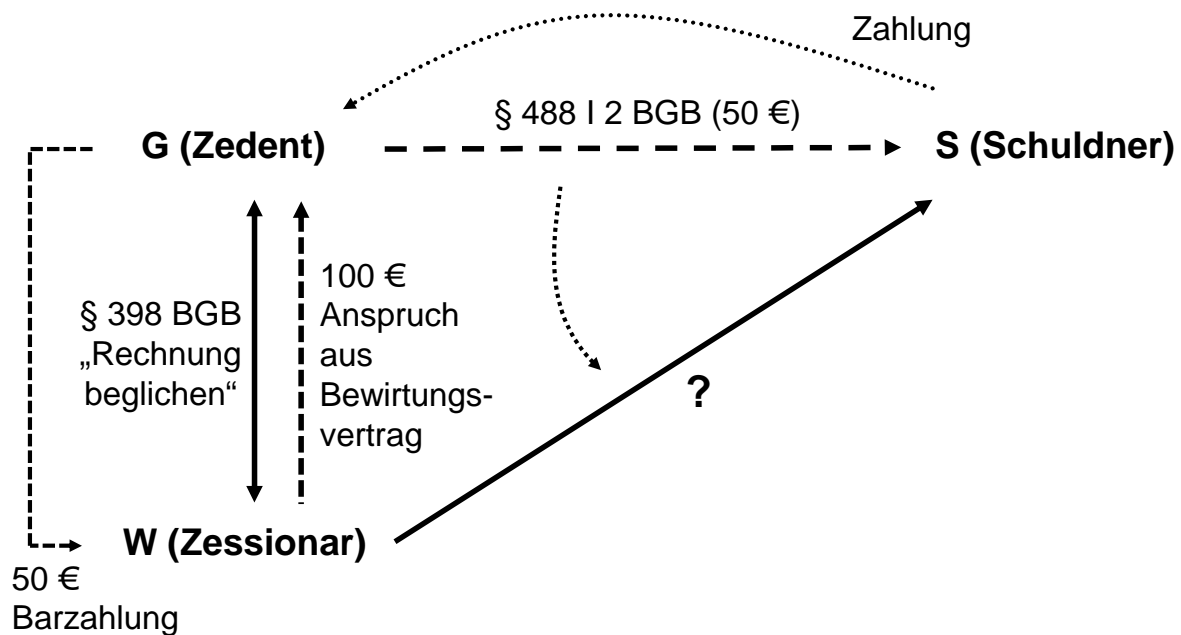
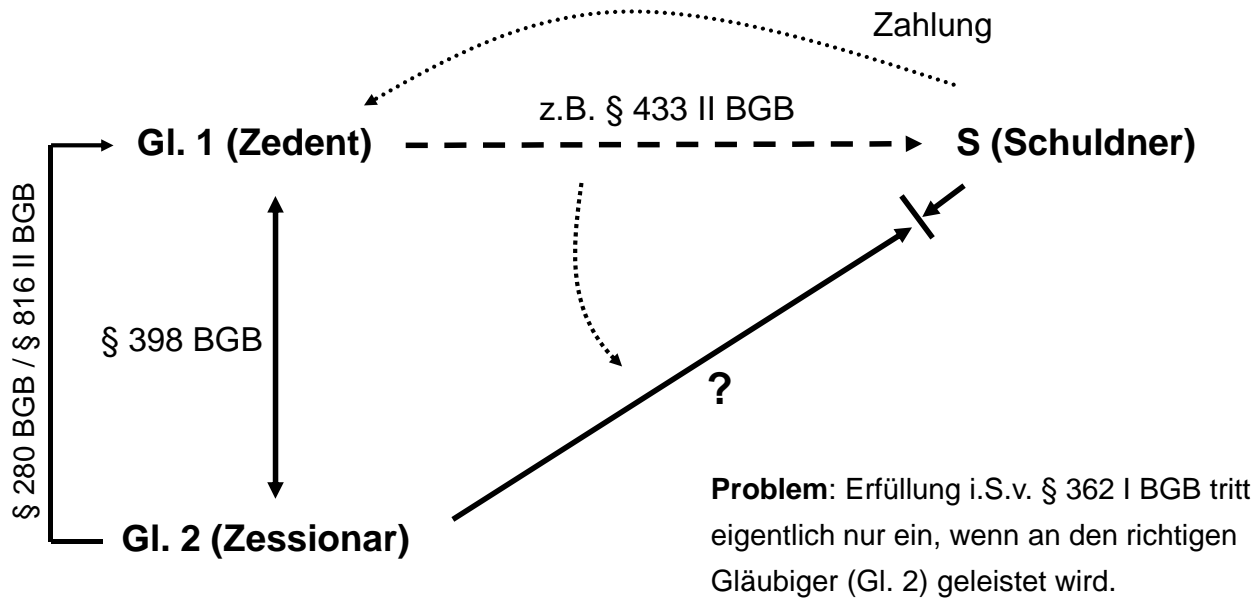
3. Anwendung des § 407 BGB

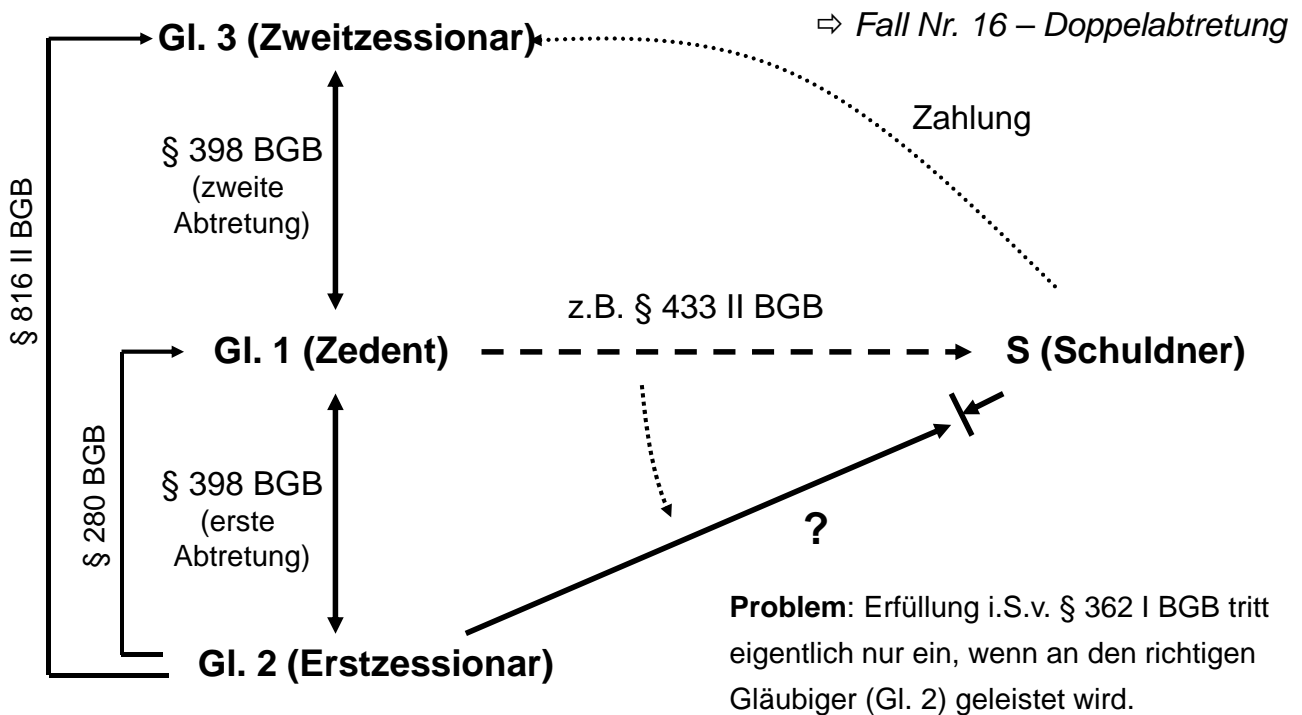
- Aufrechnung nach der Abtretung
- gegenüber dem Zedenten
- in Unkenntnis der Abtretung

⇒ Fall Nr. 14 – Lieferschwierigkeiten
(Abwandlung 1)



1. Schuldverhältnis
2. Bestehender, fälliger und durchsetzbarer Anspruch
 - Achtung: Absolutes Fixgeschäft ⇒ Unmöglichkeit (§ 275 BGB) = kein Anspruch
3. Mahnung nach Fälligkeit (oder Klage/Mahnbescheid) – § 286 I BGB
 - eindeutige + bestimmte Aufforderung zur Leistung
 - Ausnahme: § 286 II BGB
 - Sonderfall: Entgeltforderung – § 286 III BGB
4. Nichtleistung (Pflichtverletzung)
5. Vertretenmüssen i.S.v. §§ 276, 278 BGB
 - vermutet nach § 286 IV BGB (und § 280 I 2 BGB)
6. Rechtsfolge: Ersatz des Verzögerungsschadens
 - zur Abgrenzung zw. SchE statt/ neben der Leistung *Lorenz*, JuS 2008, 203
 - Mindestschaden bei Geldschuld: Verzugszinsen – § 288 BGB





1. Tatbestand

- Zedent zeigt dem Schuldner die Abtretung an (§ 409 I 1 BGB), oder
- Ausstellung einer Urkunde durch Zedent, die den Zessionar bezeichnet, und Vorlage beim Schuldner (§ 409 I 2 BGB)
- Gut-/Bösgläubigkeit des Schuldners nach h.M. unerheblich

2. Rechtsfolge

- Zedent muss Anzeige „gegen sich gelten lassen“ ⇒ Schuldner kann befreiend an Scheinzessionar leisten
- h.M.: kein Schutz bei Verstoß der Abtretung gegen gesetzliches Verbot
 - ⇒ *Fall Nr. 12 – Arzthonorar (Abwandlung)*
- BGH ZIP 2012, 1565 (Rn. 12): kein Schutz bei entgegenstehendem Abtretungsverbot

Hinweis: Die auf Folien 67 – 71 dargestellte Thematik wird im Rahmen des Examensrepetitoriums (Rep²) im 5. Semester näher behandelt (mit einem Fall zum Factoring und zur Hinterlegung)

1. Begriff + Praxis des Factorings

- englisches Wort für den gewerblichen Forderungskauf
- Möglichkeit der Liquiditätsbeschaffung durch Unternehmen
- Verkauf der Forderungen unter dem Nennwert (sog. Disagio) zur Finanzierung der Kosten der Forderungseinziehung und ggf. zur Deckung des übernommenen Bonitätsrisikos (beim echten Factoring)

2. Echtes Factoring

- unbedingter Ankauf der Forderung (mit Disagio) = Zessionar (Factor) übernimmt das Risiko des Ausfalls des Schuldners (sog. Bonitätsrisiko)
 - ⇔ Abgrenzung des Bonitätsrisikos von der Veritätshaftung des Forderungsverkäufers aus dem Kaufgewährleistungsrecht
- BGHZ 72, 15 (Leitsatz): Die dem Vorbehaltskäufer in Allgemeinen Geschäftsbedingungen erteilte Ermächtigung, den Kaufpreis für die unter verlängertem Eigentumsvorbehalt gelieferte und weiterveräußerte Ware einzuziehen, berechtigt ihn auch, die Forderungen aus dem Weiterverkauf – nochmals – im Rahmen echter Factoring-Geschäfte an einen Factor zu verkaufen und abzutreten.

2. Echtes Factoring

- BGHZ 69, 254 (Leitsatz): Die globale Vorausabtretung aller künftigen Forderungen des Anschlußkunden gegen seine Abnehmer und Auftraggeber an die Factoring-Bank unter der aufschiebenden Bedingung, daß diese die jeweilige Forderung ankauft, ist bei echtem Factoring nicht sittenwidrig.
- Begründung: deckungsgleiche Verfügung ⇒ Verkauf der Forderung entspricht deren Einziehung; letztere ist dem EV-Käufer erlaubt (Folie 68)
 - ⇒ kein Vertragsbruch (= Unanwendbarkeit der in BGHZ 30, 149 für das Verhältnis zwischen Lieferant und Bank entwickelten Grundsätze [dazu Folien 99 ff. zur Vorlesung Kreditsicherungsrecht])
 - ⇒ keine Sittenwidrigkeit der Globalzession

3. Unechtes Factoring

- Abtretung der Forderung gegen vorläufige Zahlung; Factor kann bei Ausfall des Schuldners Rückgriff nehmen.
- BGHZ 82, 50 (Leitsatz 1): Die dem Vorbehaltskäufer in AGB erteilte Ermächtigung, den Kaufpreis für die unter verlängertem Eigentumsvorbehalt gelieferte und weiterveräußerte Ware einzuziehen, berechtigt ihn nicht, die Forderungen aus dem Weiterverkauf – nochmals – im Rahmen unechten Factorings an einen Factor zu verkaufen und abzutreten (Abgrenzung zu BGHZ 72, 15).
 - ⇒ Begründung: Das unechte Factoring ist ein Kredit-, kein Kaufgeschäft.
 - ⇒ Die Abtretung an den Factor ist nicht von der Einziehungsermächtigung gedeckt.

3. Unechtes Factoring

- BGHZ 82, 50 (Leitsatz 2): Für den Fall der Kollision einer globalen Vorausabtretung zugunsten eines Factors im Rahmen unechten Factorings mit Zessionen zugunsten von Warenlieferanten aufgrund verlängerten Eigentumsvorbehalts gelten die gleichen Grundsätze wie in Kollisionsfällen zwischen der globalen Vorausabtretung zugunsten einer Geschäftsbank (Geldkreditgeberin) und Zessionen zugunsten von Warenkreditgebern.
- ⇒ Konsequenz der Einordnung des unechten Factorings als Kredit-, nicht Kaufgeschäft; dadurch Vergleichbarkeit zwischen der Globalzession an eine Bank und an ein Factoringunternehmen

1. Schuldnermehrheiten

- Teilschuld (§ 420 BGB)
- Gesamtschuld (§§ 421 ff. BGB)
- Schuld in gemeinschaftlicher Verbundenheit

2. Gläubigermehrheiten

- Teilgläubigerschaft (§ 420 BGB)
- Gesamtgläubigerschaft (§§ 428 ff. BGB)
- Mitgläubigerschaft (§ 432 BGB)

1. Voraussetzungen

- mehrere Schuldner
- teilbare Leistung
- keine der Zweifelsregelung entgegenstehenden Gesichtspunkte
 - Verdrängung des § 420 BGB durch §§ 427, 840 BGB (⇒ Gesamtschuld)
 - Anordnung der Teilhaftung aber in §§ 1606 III 1, 2060 BGB

2. Rechtsfolgen

- jeder Schuldner muss nur einen Teil der Gesamtleistung erbringen
- Gläubiger hat gegen jeden Schuldner Anspruch auf die Teilleistung
- Forderungen grds. unabhängig voneinander ⇒ Einzelwirkung
 - Aber: Rücktritt/Minderung haben Gesamtwirkung (§§ 351, 441 II BGB)

1. Voraussetzungen (§ 421 BGB)

- Anspruch gegen mehrere Schuldner
- Identität des Leistungsinteresses
 - keine völlige Identität erforderlich (Bsp.: Haftung für Baumängel im Verhältnis zw. Architekt + Bauunternehmer: Schadensersatz bzw. Nachbesserung)
- Verpflichtung jedes Schuldners zur vollen Leistung ⇔ Teilschuld
- Gläubiger darf die Leistung lediglich einmal fordern ⇔ Kumulation
- Gleichstufigkeit (Gleichrangigkeit) der Verpflichtungen, str.
 - Tilgungsgemeinschaft fehlt nach h.M. im Verhältnis zw. Schadensverursacher + Versicherer bzw. Unterhaltspflichtigem

2. Entstehungsgründe (Beispiele)

- gemeinschaftliche vertragliche Verpflichtung zu einer teilbaren Leistung (§ 427 BGB) – Zweifelsregelung ⇒ Fall Nr. 17
- mehrere Schuldner einer unteilbaren Leistung (§ 431 BGB)
- gemeinschaftliche unerlaubte Handlung (§ 840 BGB) ⇒ Fall Nr. 18
- Haftung von Mitbürgen untereinander (§ 769 BGB)
 - Aber: Verhältnis zw. Hauptschuldner + Bürge ⇒ grds. Subsidiarität
- Haftung der GbR- / oHG-Gesellschafter untereinander (§ 128 HGB)
 - Aber: Verhältnis zw. Gesellschaft + Gesellschafter ⇒ Akzessorietät

3. Wirkung der Gesamtschuld im Außenverhältnis

- ⇒ Gläubiger kann frei wählen, welchen Gesamtschuldner er in Anspruch nimmt; Grenze nur Rechtsmissbrauch (BGHZ 184, 35)
- a) **Tatsachen mit Gesamtwirkung**
 - Erfüllung und Erfüllungssurrogate (§ 422 I BGB)
 - Aber: Drittaufrechnung nicht möglich (§ 422 II BGB)
 - Erlass, wenn das Schuldverhältnis aufgehoben werden soll (§ 423 BGB)
 - Gläubigerverzug (§ 424 BGB)
 - Arglist bei Haftungsausschluss i.S.v. § 444 BGB (BGH ZIP 2016, 1386; a.A. Thelen/Ungerer, ZIP 2016, 1953; § 425 BGB)

b) Tatsachen mit Einzelwirkung (§ 425 BGB)

- (Fälligkeits-) Kündigung
 - z.B. eines Darlehens gemäß § 488 III BGB
- ⇔ Kündigung von Dauerschuldverhältnissen
- Verzug, insbesondere Mahnung ⇔ *Fall Nr. 17 – High Definition*
- Verschulden
- subjektive Unmöglichkeit der Leistung in der Person eines Gesamtschuldners
- Verjährung, Neubeginn, Hemmung + Ablaufhemmung
- Vereinigung der Forderung mit der Schuld (Konfusion)
- rechtskräftiges Urteil
- ⇔ § 129 HGB bei akzessorischer Haftung

4. Wirkung der Gesamtschuld im Innenverhältnis (Regress)

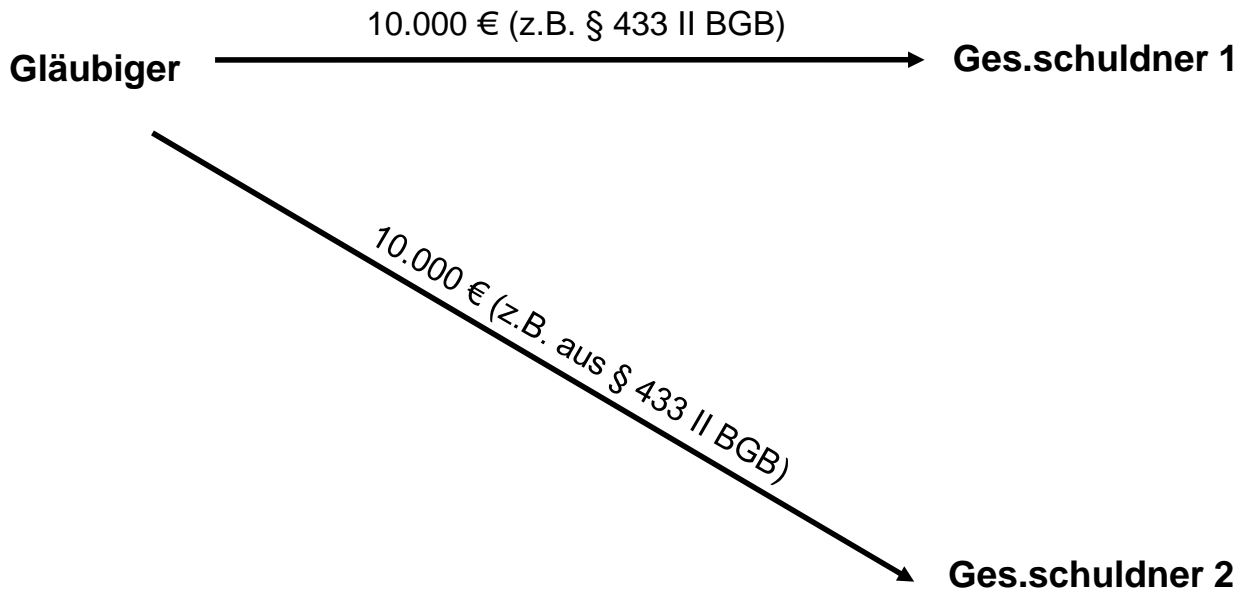
a) Eigenständiger Ausgleichsanspruch (§ 426 I BGB)

- im Zweifel zu gleichen Teilen (vgl. Fälle Nr. 17 und 18)
- Ausnahme z.B. § 840 II, III BGB
- eigenständige Verjährung (BGH ZIP 2009, 2299)

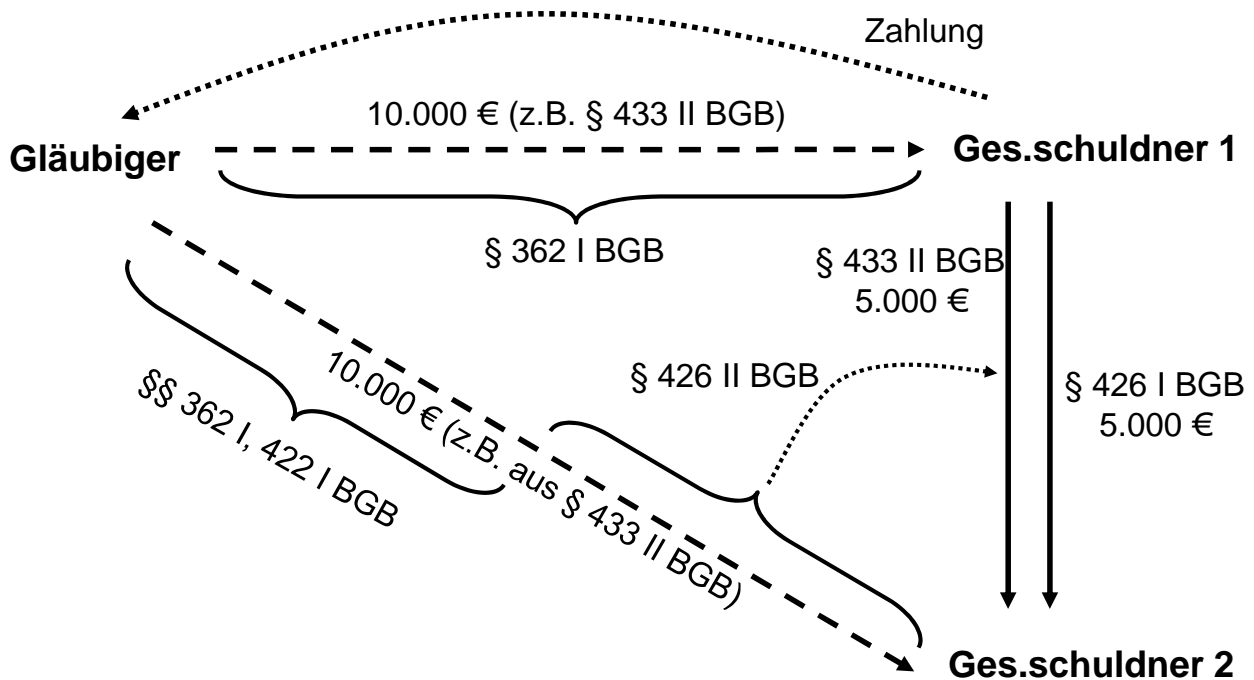
b) Anspruch aus übergegangenem Recht – *cessio legis* (§ 426 II BGB)

- bei fehlender Gleichstufigkeit (s.o. Folie 74) oft ebenfalls *cessio legis*, aber vollständiger Übergang (z.B. § 86 VVG)
- Bedeutung des § 426 II BGB neben § 426 I BGB insbesondere bei bestehenden Sicherheiten (§§ 401, 412 BGB)

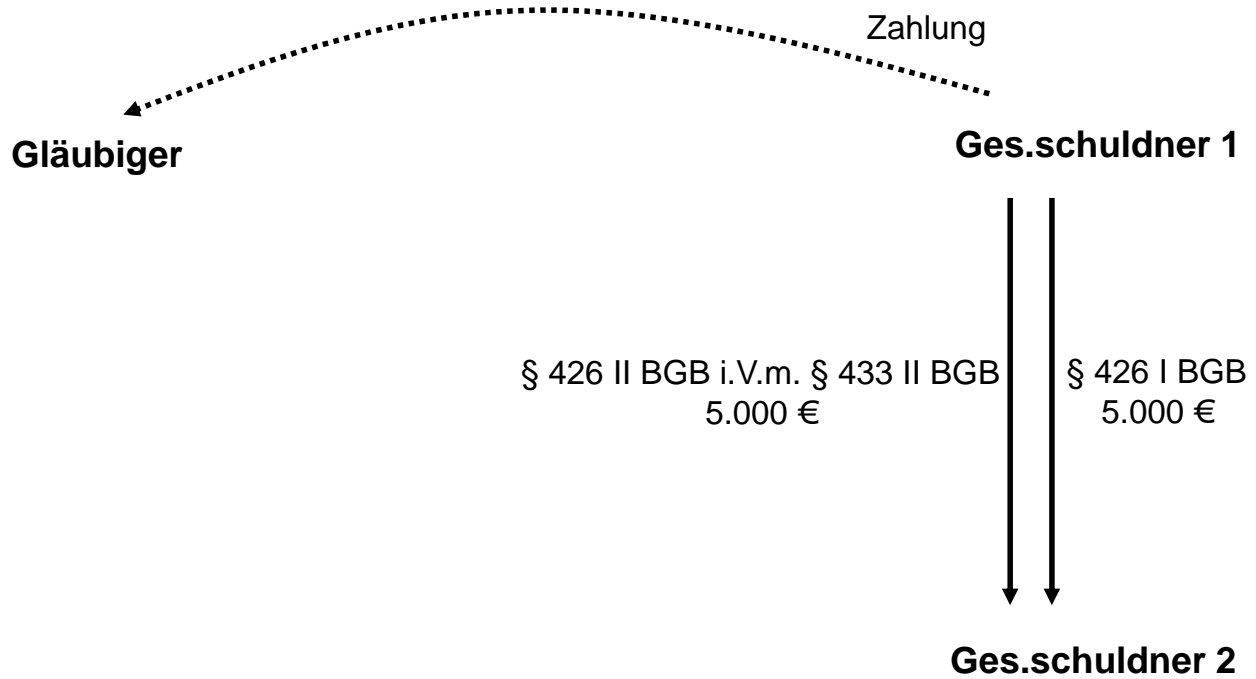
Gesamtschuldnerregress (§ 426 BGB) – Ausgangslage –



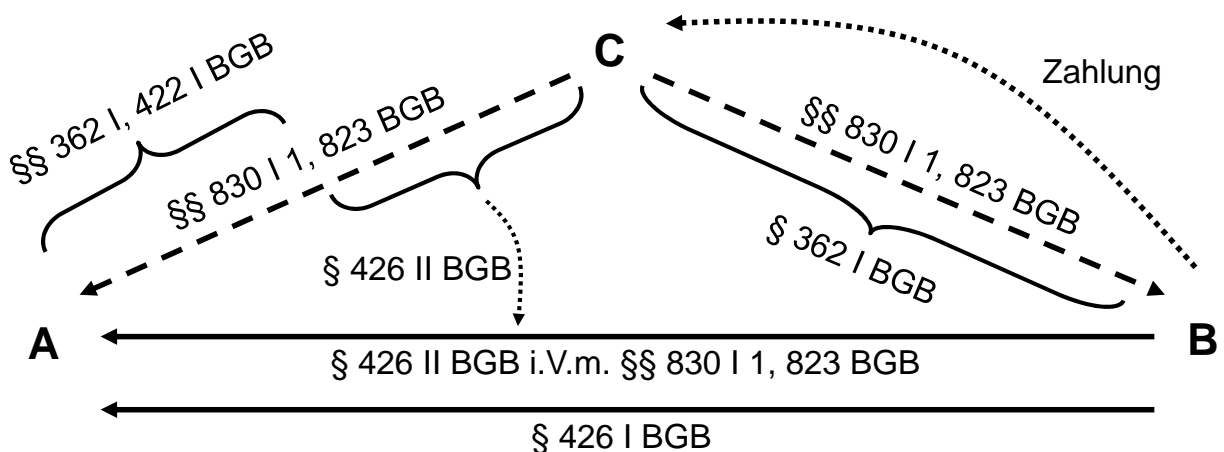
Gesamtschuldnerregress (§ 426 BGB)

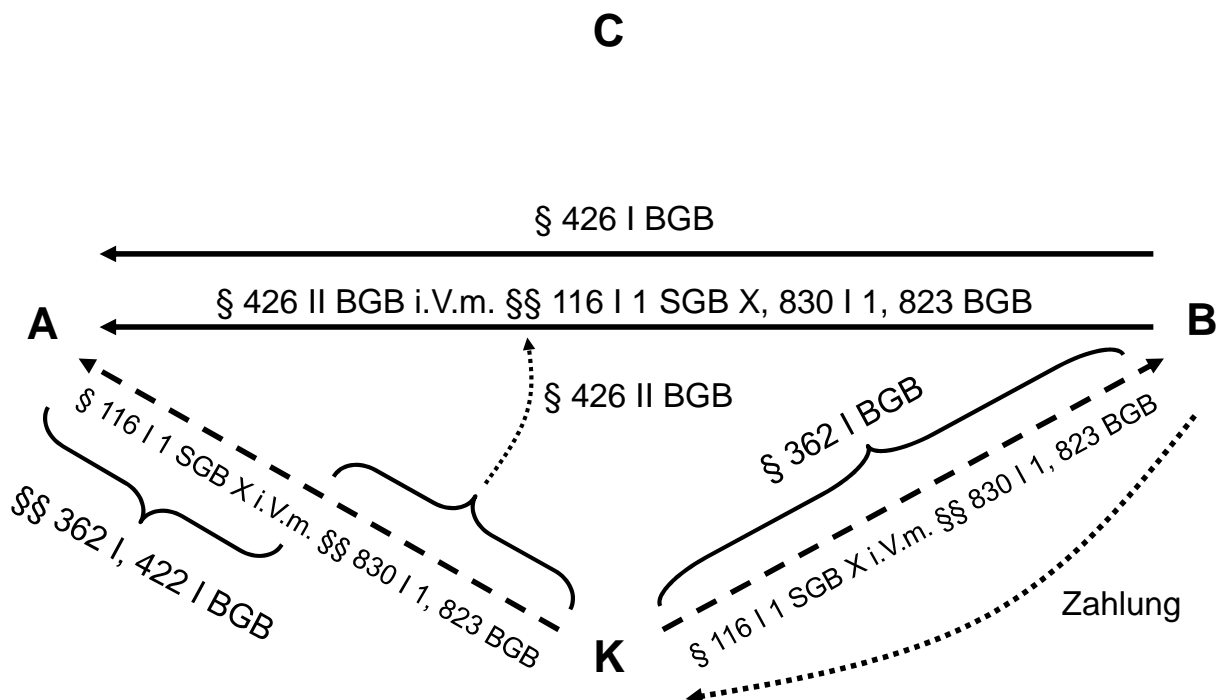
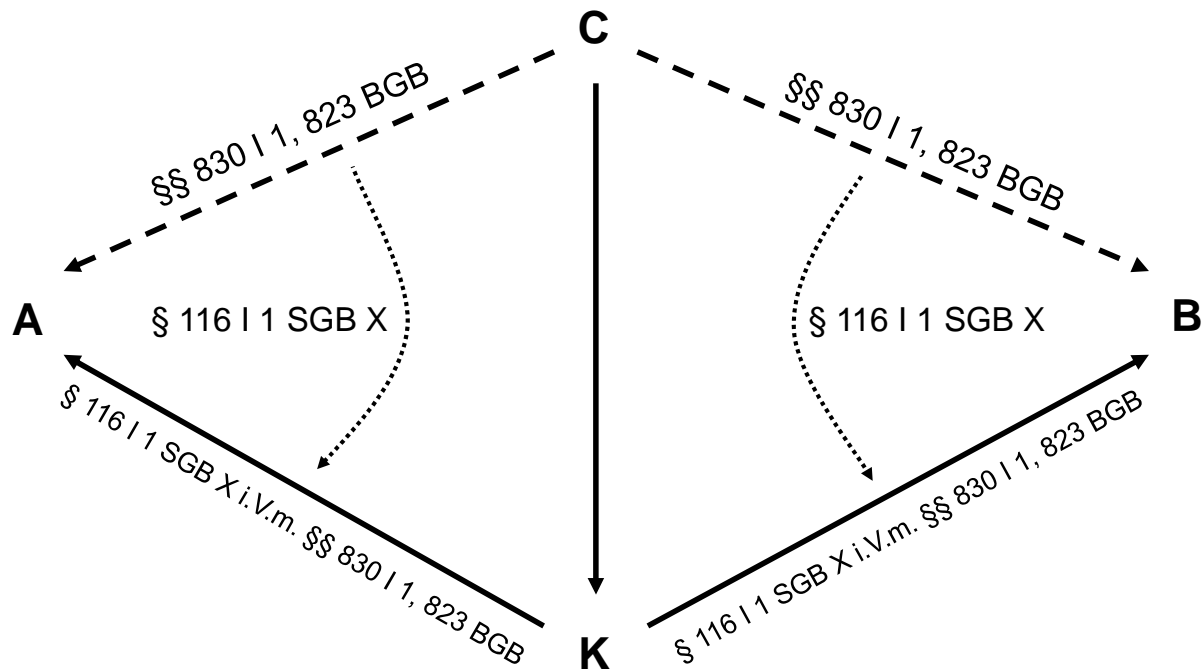


Gesamtschuldnerregress (§ 426 BGB) – Situation nach der Zahlung –



Fall Nr. 18 – Die Hooligans – Schmerzensgeld –



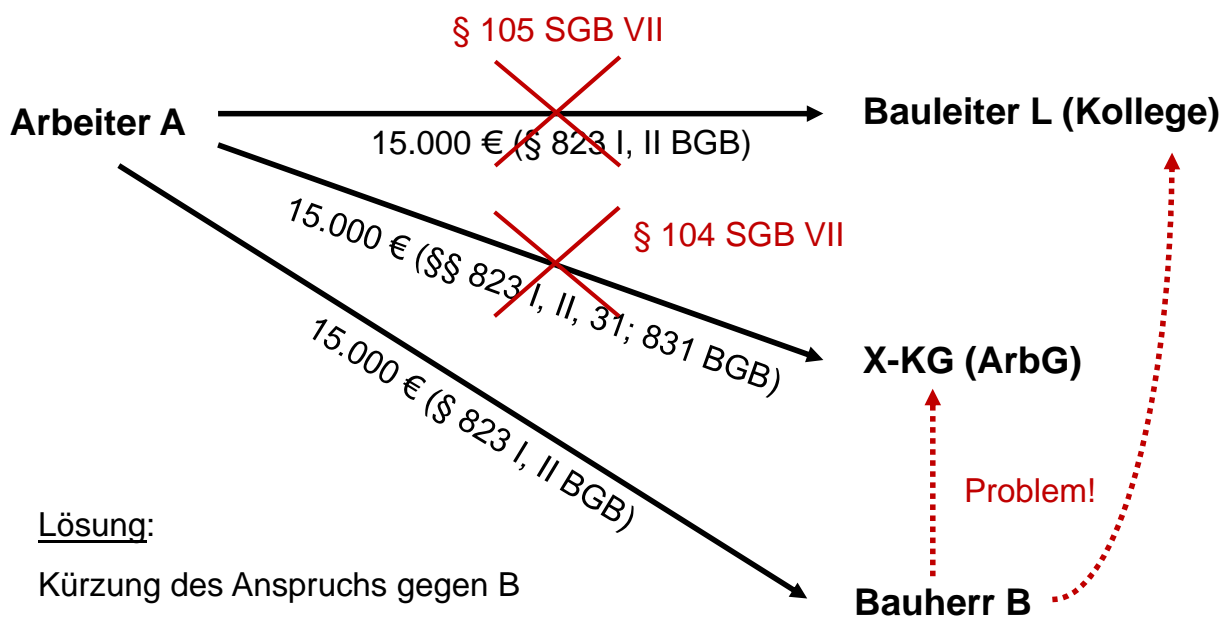


Hinweis: Die auf Folien 85-90 dargestellte Thematik wird im Rahmen des Examensrepetitoriums (Rep²) im 5. Semester näher behandelt (mit einem Fall zur gestörten Gesamtschuld, zur Prokura und zur Gesellschafterhaftung)

5. Gestörte Gesamtschuld (insbes. i.R.d. § 840 BGB)

- Ausgangspunkt: einer von mehreren Schadensverursachern ist gegenüber dem Gläubiger privilegiert, haftet also nicht
- Problem: Könnte der Gläubiger den/die anderen Schadensverursacher voll in Anspruch nehmen und würden diese sodann beim Privilegierten Regress nehmen, haftete dieser letztlich doch

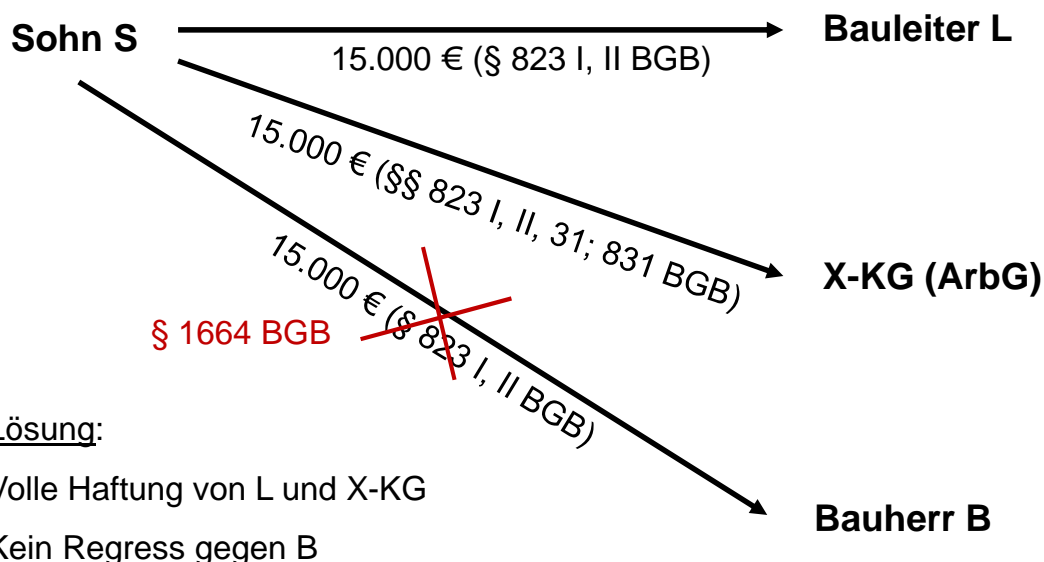
Fall Nr. 2 aus dem Rep² – Gestörter Gesamtschuldnerausgleich



5. Gestörte Gesamtschuld (insbes. i.R.d. § 840 BGB)

- Lösung 1: Der Anspruch des Geschädigten wird sogleich um den fiktiven Mitverursachungsanteil des Privilegierten verringert; dafür kein Regress der anderen Schadensverursacher beim Privilegierten
 - ⇒ BGH und h.L. bei gesetzlicher Privilegierung aus §§ 104, 105 SGB VII
 - ⇒ Fall Nr. 2 aus dem Rep²
- Lösung 2: Die nicht privilegierten Schadensverursacher haften voll und können keinen Regress beim Privilegierten nehmen
 - ⇒ BGHZ 103, 338 bei gesetzlicher Haftungsmilderung aus § 1664 BGB
 - ⇒ Fall Nr. 3 aus dem Rep²

Fall Nr. 3 aus dem Rep² – Fehlende Störung des Gesamtschuldnerausgleichs



Lösung:

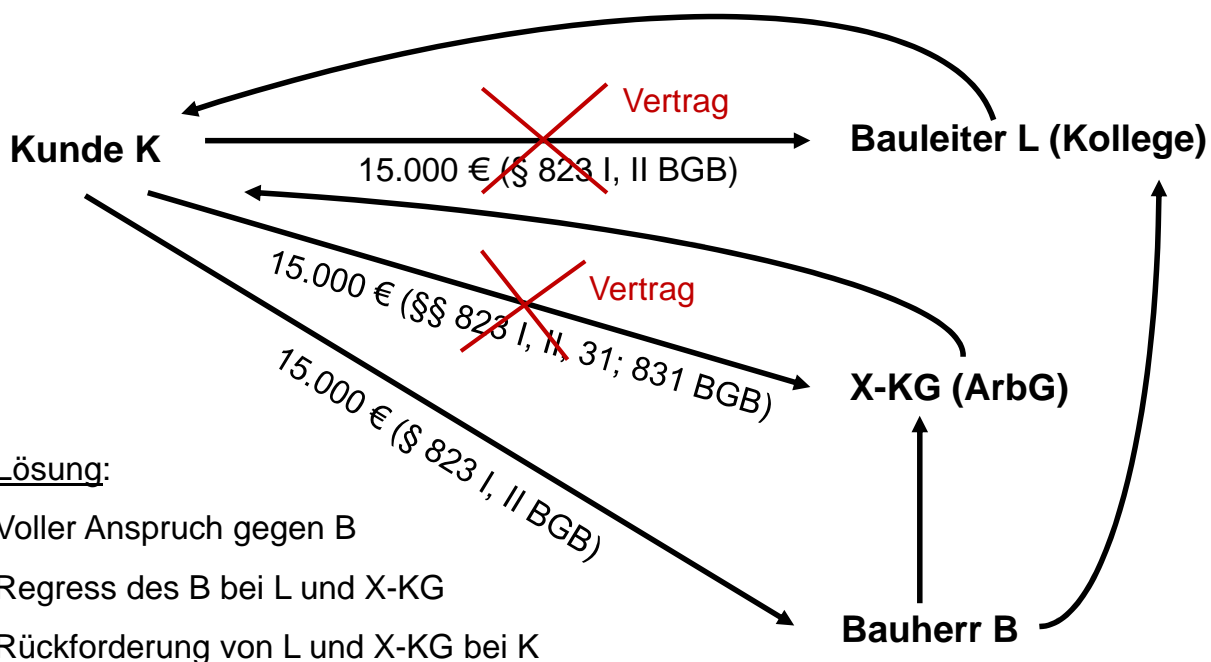
Volle Haftung von L und X-KG

Kein Regress gegen B

5. Gestörte Gesamtschuld (insbes. i.R.d. § 840 BGB)

- Lösung 3: Die nicht privilegierten Schadensverursacher haften voll, können aber Regress beim Privilegierten nehmen; dieser nimmt sodann beim Geschädigten Regress (sog. Regresskreisel)
- ⇒ BGH bei *vertraglicher* Privilegierung (z.B. Vereinbarung einer Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz)
- ⇒ Fall Nr. 4 aus dem Rep²

Fall Nr. 4 aus dem Rep² – „Regresskreisel“



6. Vorteile der Gesamtschuld

- Gläubiger kann nach seiner Wahl einen der Gesamtschuldner auf die gesamte Leistung in Anspruch nehmen
 - nur einer der Gesamtschuldner muss solvent sein
 - interne Beziehungen zwischen den Gesamtschuldnern kann er unberücksichtigt lassen

Nicht gesetzlich geregelt:

1. Voraussetzungen

- mehrere Schuldner
- Vereinbarung, die Leistung nur gemeinschaftlich erbringen zu wollen ⇒ i.d.R. bei aus tatsächlichen/rechtlichen Gründen unteilbarer Leistung; insbesondere möglich im Rahmen von:
 - Gesamthandsgemeinschaften (§§ 705 ff., 1415 ff., 2032 ff. BGB)
 - Bruchteilsgemeinschaften (§§ 741 ff. BGB)

2. Rechtsfolgen

- Gläubiger kann nur von allen gemeinsam Leistung fordern
- Schuldner können die Leistung nur gemeinsam bewirken

1. Voraussetzungen

- mehrere Gläubiger
- teilbare Leistung
- keine der Zweifelsregelung entgegenstehenden Gesichtspunkte
 - z.B. gemeinsame Empfangszuständigkeit bei Gesamthand und Bruchteilsgemeinschaft (§§ 741 ff. BGB)

2. Rechtsfolgen

- jeder Teilgläubiger hat ein selbstständiges Forderungsrecht
- die Höhe bemisst sich nach seinem jeweiligen Anteil
- jeder Gläubiger hat grds. eigene Sekundärrechte
 - aber: §§ 351, 441 II BGB ⇒ Rücktritt/Minderung nur durch alle Teilgläubiger gemeinsam

1. Voraussetzungen

- mehrere Gläubiger
- vertragliche Vereinbarung gemäß § 311 I BGB (selten) oder gesetzliche Anordnung (vgl. § 2151 III BGB)

2. Rechtsfolgen

- eigenständiges Forderungsrecht jedes Gläubigers über die gesamte Forderung
- Erfüllungswahlrecht des Schuldners (§ 428 S. 1 + 2 BGB)
 - ⇔ Ausnahme: Oder-Konto ⇒ *Fall Nr. 19 – Ehestreitigkeiten*
- durch Befriedigung eines Gläubigers erlöschen übrige Forderungen (§§ 429 III 1, 422 I BGB)
- Ausgleich zwischen Gläubigern im Innenverhältnis (§ 430 BGB)

2. Rechtsfolgen (Fortsetzung)

- Einzelwirkung von Tatsachen (§§ 429 III 1, 425 BGB), z.B. bei Mahnung, Fälligkeitskündigung
- ⇔ aber Gesamtwirkung:
 - ❖ Erfüllung und ihre Surrogate (§§ 429 III 1, 422 BGB), s.o.
 - ❖ Gläubigerverzug (§ 429 I BGB)
 - ❖ unter Umständen beim Erlass (§§ 429 III 1, 423 BGB)

3. Problem: Stellung der Ehegatten i.R.d. § 1357 I BGB

- h.M.: enges Vertrauensverhältnis ⇒ Gesamtgläubiger
- a.A. (Palandt/*Brudermüller*): Mitgläubiger (§ 432 BGB) ⇒ Leistung mit befreiender Wirkung nur an beide Ehegatten

4. Nachteile der Gesamtgläubigerschaft

- Gläubiger tragen ein doppeltes Insolvenzrisiko:
 - zunächst das Insolvenzrisiko des Schuldners,
 - sodann nach § 430 BGB das Risiko des internen Ausgleichs = nach Leistung an einen der Gläubiger tragen die Übrigen dessen Insolvenzrisiko

1. Voraussetzungen

- mehrere Gläubiger
- unteilbare Leistung
 - Aber: Mitgläubigerschaft auch bei teilbarer Schuld vereinbar
- keine Gesamtgläubigerschaft (Subsidiarität der Mitgläubigerschaft)

2. Rechtsfolgen

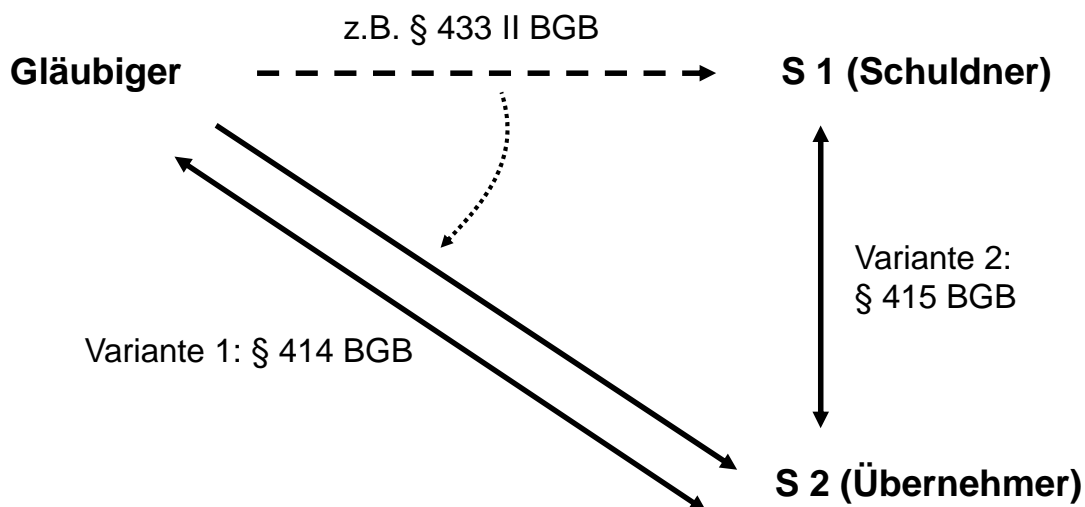
- Schuldner muss an alle Gläubiger gemeinschaftlich die gesamte Leistung erbringen
- jeder Gläubiger kann die Leistung fordern; aber nur an alle
- Umstände in der Person eines Gläubigers haben grds. nur Einzelwirkung (§ 432 II BGB)

3. Vorteile der Mitgläubigerschaft

- gerechter Interessenausgleich
 - Schuldner muss interne Verhältnisse/Anteile der Gläubiger nicht berücksichtigen
 - Gläubiger erhalten den Leistungsgegenstand gemeinsam und müssen keinen internen Ausgleich durchführen

4. Auswirkung auf die Aufrechenbarkeit (§ 387 BGB)

- Schuldner kann nur mit einer Forderung aufrechnen, die sich gegen alle Mitgläubiger richtet (BGH ZIP 2012, 2391 [Rn. 19])



- Austausch des Schuldners
 - Gegenstück zur Abtretung (Austausch des Gläubigers)
 - Schuldübernahme selbst ist – wie die Abtretung – Verfügung !!!
= Änderung des Inhaltes einer Forderung
 - Übernahmeabrede (= Verpflichtungsgeschäft) nicht in §§ 414 ff. BGB geregelt ⇒ § 311 I BGB
- Problem: Person des Schuldners für Werthaltigkeit einer Forderung maßgeblich (Solvenz)
 - Mitwirkung des Gläubigers erforderlich
 - grundsätzlich kein Austausch des Schuldners durch AGB zulässig (analog § 309 Nr. 10 BGB)

➤ Abgrenzung zur Vertragsübernahme

- Vertragsübernahme: vollständiger Austausch des Vertragspartners
 - ⇒ alle Rechte und Pflichten aus dem Schuldverhältnis gehen auf den Übernehmer über
- Schuldübernahme: Austausch nur des Schuldners
 - ⇒ der Übernehmer tritt nur in die Verpflichtung des Schuldners ein
 - ⇒ bisheriges Schuldverhältnis bleibt ansonsten erhalten
 - ⇒ die Rechte aus dem Vertrag verbleiben beim Schuldner

➤ Abgrenzung zur reinen Erfüllungsübernahme

- Erfüllungsübernahme: keine Außenwirkung
 - ⇒ Absprache zwischen Schuldner und Dritten im Innenverhältnis
 - ⇒ kein Anspruch des Gläubigers gegen den Dritten
 - ⇒ nur Anspruch des Schuldners gegen den Dritten auf Erfüllung der Verpflichtung
- Schuldübernahme: Außenwirkung
 - ⇒ Schuldner wird gegenüber dem Gläubiger frei
 - ⇒ Gläubiger hat nur noch Anspruch gegen den Dritten

- **Abgrenzung zum Schuldbeitritt**
 - ⇒ Entlassungswille des Gläubigers maßgeblich
 - Schuldbeitritt: Dritter tritt als weiterer Schuldner neben dem bisherigen Schuldner in das Schuldverhältnis ein
 - ⇒ keine Verfügung ⇒ Forderung gegen den ursprünglichen Schuldner bleibt bestehen
 - ⇒ zusätzliche eigenständige Verpflichtung des Beitretenden
 - ⇒ beide haften als Gesamtschuldner gemäß §§ 421 ff. BGB
 - Schuldübernahme: durch Übernahme wird der ursprüngliche Schuldner frei von der Leistungspflicht
 - ⇒ Leistungspflicht nur des Übernehmers

1. Voraussetzungen

- a) **Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414 BGB)**
 - Dinglicher Übernahmevertrag (Änderung des Inhalts der Forderung durch Austausch des Schuldners ⇒ Verfügung!)
 - Übernahmevertrag grds. nicht formbedürftig (Ausnahme z.B. § 311b I BGB)
- b) **Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415 BGB)**
 - Zustimmung des Gläubigers zur Wirksamkeit der Verfügung erforderlich
 - Genehmigung durch Gläubiger nach vorheriger Mitteilung (§ 415 I 2 BGB)
 - BGH: auch Einwilligung (§ 183 BGB) ausreichend
 - **Problem**: dogmatische Einordnung: b.w.

- **Problem:** dogmatische Einordnung des Übernahmevertrags im Rahmen des § 415 BGB
 - Verfügungstheorie (h.M.): Schuldner und Übernehmer verfügen über die Forderung des Gläubigers als Nichtberechtigte
 - ⇒ Zustimmung des Gläubigers gemäß § 185 II 1 Alt. 1 BGB erforderlich
 - Angebotstheorie: Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer aufgrund der erforderlichen Genehmigung
 - ⇒ Mitteilung an Gläubiger (§ 415 I 2 BGB) = Vertragsangebot
 - ⇒ contra: Wortlaut § 415 I BGB “Genehmigung”
- ⇒ *Fall Nr. 20 – Der renovierungsfreudige Nachmieter*

- c) Sonderfall:** hypothekarisch gesicherte Forderung (§ 416 BGB)
- Modifizierung des § 415 BGB zur Erleichterung von Grundstückskäufen
 - Fiktion der Genehmigung des Gläubigers nach Ablauf von 6 Monaten seit Empfang der Mitteilung über die Übernahme (§ 416 I 2 BGB)
 - analog auf Sicherungsgrundschuld anwendbar

2. Rechtsfolgen

a) Schuldnerwechsel (§ 414 BGB)

- Übernehmer wird neuer Schuldner, erwirbt aber keine Ansprüche gegenüber dem Gläubiger (kein Vertrags-/Forderungsübergang)
- Gläubiger kann von Drittem Erfüllung verlangen
- ursprünglicher Schuldner wird von der Leistungspflicht frei
- Schuldverhältnis bleibt im Übrigen zwischen Gläubiger und Schuldner bestehen ⇒ Gestaltungsrechte beim Schuldner

2. Rechtsfolgen

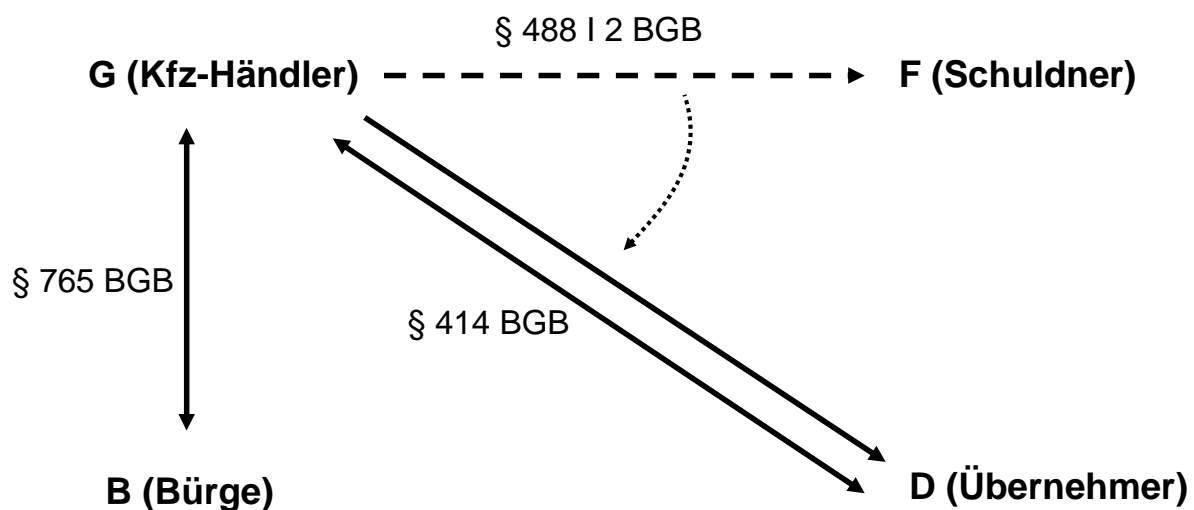
b) Einwendungen des Übernehmers gegenüber dem Gläubiger

- Mängel der Schuldübernahme selbst (Verfügung!)
- Einwendungen und Einreden aus dem Schuldverhältnis des bisherigen Schuldners mit dem Gläubiger (§ 417 I 1 BGB)
 - ⇔ keine Aufrechnung mit Forderung des Schuldners (§ 417 I 2 BGB)
 - ⇔ keine Einrede der Anfechtbarkeit / Aufrechenbarkeit ⇔ § 770 BGB
 - ⇒ *Fall Nr. 21 – Die Examensfeier*
- Aber: keine Einwendungen aus dem Grundgeschäft mit dem ursprünglichen Schuldner (§ 417 II BGB)
 - ⇒ Ausnahme: § 139 BGB str.

2. Rechtsfolgen

c) Erlöschen von Sicherungsrechten (§ 418 BGB)

- Erlöschen von Bürgschaften + Pfandrechten (§ 418 I 1 BGB)
 - Hypothek wird zur Eigentümergrundschuld (§§ 418 I 2, 1168 I BGB)
 - BGHZ 115, 241, 244: grds. analoge Anwendung auf nicht akzessorische Sicherungsrechte (Sicherungsübereignung, Sicherungsabtretung, Sicherungsgrundschuld)
 - Aber: Bei Einwilligung (§ 183 BGB) des Sicherungsgebers bleiben Sicherungsrechte bestehen (§ 418 I 3 BGB)
 - ⇒ formlos/konkludent möglich (BGH NJW 2015, 2872 [Rn. 14])
 - kein Wiederenstehen der Sicherheiten durch nachträgliche Zustimmung (str.), Argument: Rechtssicherheit
- ⇒ *Fall Nr. 22 – Bürgschaft unter Freunden (b.w.)*

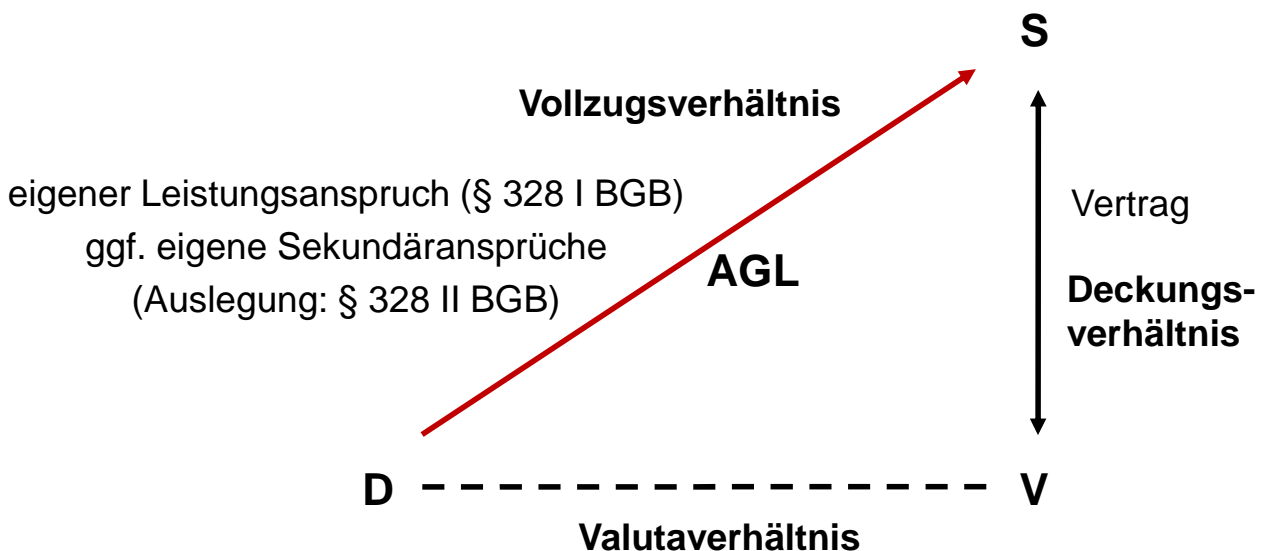
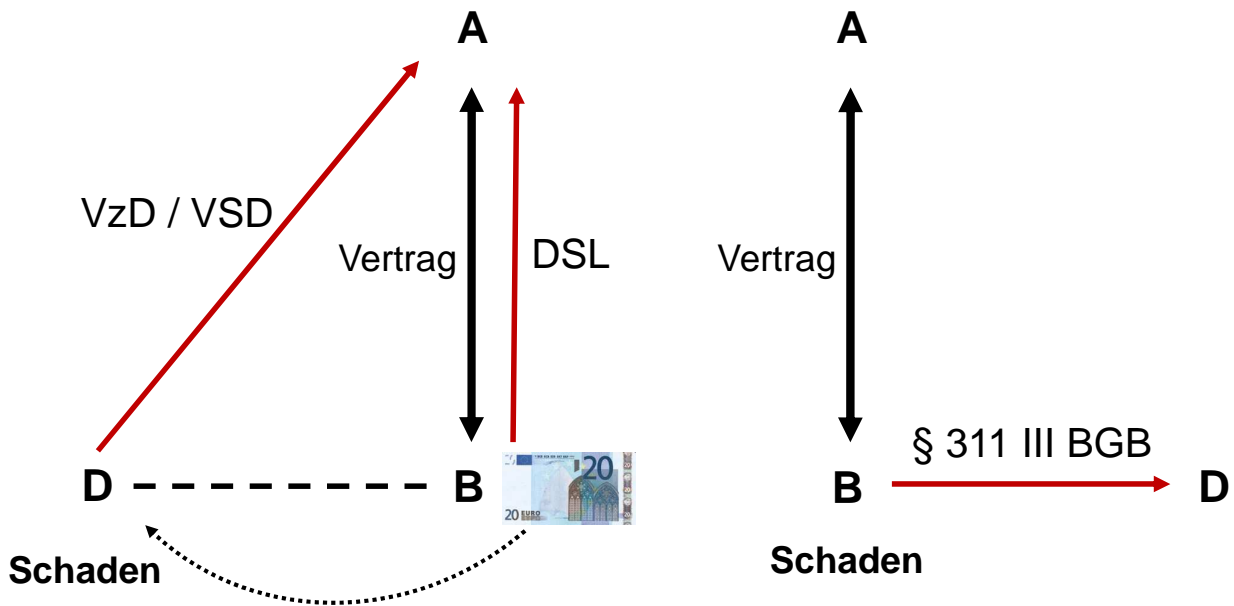


1. Begünstigung des Dritten

- a) Vertrag zugunsten Dritter (VzD)
 - Dritter erhält Leistungsanspruch aus Vertrag zwischen Versprechendem und Versprechensempfänger
- b) Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter (VSD)
 - Dritter erhält eigenen Schadensersatzanspruch wegen Schutzpflichtverletzung (§§ 280, 241 II BGB) aus Vertrag zwischen Gläubiger + Schuldner
- c) Drittschadensliquidation (DSL)
 - Gläubiger ist berechtigt, gegenüber seinem Schuldner den Schaden zu liquidieren, der einem Dritten aus der Verletzung von Leistungs- oder Schutzpflichten entsteht
 - DSL zusätzlich im Deliktsrecht relevant

2. Belastung des Dritten

- a) Haftung aus culpa in contrahendo (§ 311 III BGB)
 - Gläubiger erhält bei Schutzpflichtverletzungen (§ 241 II BGB) nicht nur einen Anspruch gegen seinen Schuldner, sondern auch gegen Dritte
 - Inanspruchnahme besonderen Vertrauens (§ 311 III 2 BGB)
 - wirtschaftliches Eigeninteresse (procurator in rem suam)
- b) Prospekthaftung = Haftung für typisiertes Vertrauen in Prospekte für Kapitalanlagen
 - ⇒ Vorlesung „Kapitalmarktrecht“



S = Schuldner (Versprechender), V = Versprechensempfänger, D = Dritter (Begünstigter/Gläubiger)

Zweck: Dritter erhält eigenen unmittelbaren Anspruch, um den Leistungsweg zu verkürzen

- kein eigener Vertragstyp, sondern nur Abrede in beliebigem Schuldverhältnis (z.B. Kaufvertrag, Dienstvertrag, Lebensversicherungsvertrag)
- wegen Relativität der Schuldverhältnisse besondere Abrede der Vertragsparteien erforderlich
 - Beteiligung des Dritten am Versprechen nicht erforderlich
 - Aber: Zurückweisungsrecht (§ 333 BGB)
- Aber: kein Vertrag zulasten Dritter (BVerfGE 73, 261, 270)
 - mit Privatautonomie nicht vereinbar, Verpflichtungen des Dritten ohne dessen Beteiligung zu begründen

1. Echter Vertrag zugunsten Dritter (§§ 328 ff. BGB)

- Versprechender verpflichtet sich gegenüber Versprechensempfänger, die Leistung an einen Dritten zu erbringen
- Dritter erlangt eigenes unmittelbares Forderungsrecht gegenüber dem Schuldner (§ 328 I BGB)

2. Unechter Vertrag zugunsten Dritter

- Anspruch auf Leistung bleibt beim Gläubiger
- Schuldner wird nur ermächtigt, seine Pflicht gegenüber dem Gläubiger auch durch Leistung an den Dritten zu erfüllen (§§ 362 II, 185 BGB)
- Beispiel: Geschenkversendung (Fleurop-Blumen)

3. Abgrenzung

- maßgeblich ist Parteivereinbarung
- allgemeine Auslegungsregelungen (§§ 133, 157 BGB) werden durch §§ 328 II, 329, 330 BGB modifiziert

4. Anwendung von Formvorschriften auf den echten VzD

- Vertragstyp des Deckungsverhältnisses maßgeblich
- Problem: im Valutaverhältnis Schenkung auf den Todesfall
 - Lit. z.T. (*Medicus*): im Valutaverhältnis ist § 2301 BGB anzuwenden, da sonst Umgehung der strengen erbrechtlichen Formvorschriften
 - BGH: § 331 BGB *lex specialis* ⇒ im Valutaverhältnis nur § 518 I BGB anwendbar ⇒ Heilung durch Erfüllung möglich (§ 518 II BGB)

1. Deckungsverhältnis: Rechtsverhältnis zwischen Versprechendem (Schuldner) und Versprechensempfänger

- Grundverhältnis (Kauf-/Werkvertrag etc.) ⇒ maßgeblich für Inhalt der Leistung sowie Person und Anspruch des Dritten

2. Valutaverhältnis: Rechtsverhältnis zwischen Versprechensempfänger und Drittem (Begünstigter)

- Rechtsgrund für Zuwendung an Dritten (z.B. Schenkung)
- Deckungsverhältnis hiervon grundsätzlich abstrakt
⇒ Unwirksamkeit des Valutaverhältnisses ist für die Wirksamkeit des Deckungsverhältnisses unerheblich
- bei Unwirksamkeit hat Versprechensempfänger Anspruch aus §§ 812 ff. BGB gegen Begünstigten

3. **Vollzugsverhältnis:** Rechtsverhältnis zwischen Versprechendem (Schuldner) und Drittem

- vertragsähnliche Rechtsbeziehung (BGHZ 9, 316, 318)
 - Anspruch des Dritten
 - wechselseitige Schutzpflichten
- Einwendungen des Schuldners
 - Schuldner kann Einwendungen aus dem Deckungsverhältnis auch gegenüber dem Dritten geltend machen (§ 334 BGB)
 - ⇒ *Fall Nr. 23 – Der Virtuose am Ball*
 - aber: § 334 BGB ist dispositiv
 - ⇒ *Fall Nr. 24 – Einmal Kap Hoorn und zurück*

1. **Dritter (Begünstigter)**

- erlangt eigenen Anspruch auf vertragliche Leistung (§ 328 I BGB)
- kann Recht gemäß § 333 BGB auch zurückweisen
- Problem: Sekundäransprüche
 - h.M.: keine Ansprüche auf Schadensersatz statt der Leistung und kein Rücktrittsrecht
 - ⇒ Argument: Begünstigter ≠ Vertragspartner ⇒ kann keine vertragsgestaltenden Erklärungen abgeben
 - Anspruch auf Ersatz des Integritätsinteresses (§§ 280 I, 241 II BGB) und der Verzugsschäden (§§ 280 I, II, 286 BGB) aber (+)

Echter Vertrag zugunsten Dritter – Rechtsfolgen –

2. Versprechensempfänger

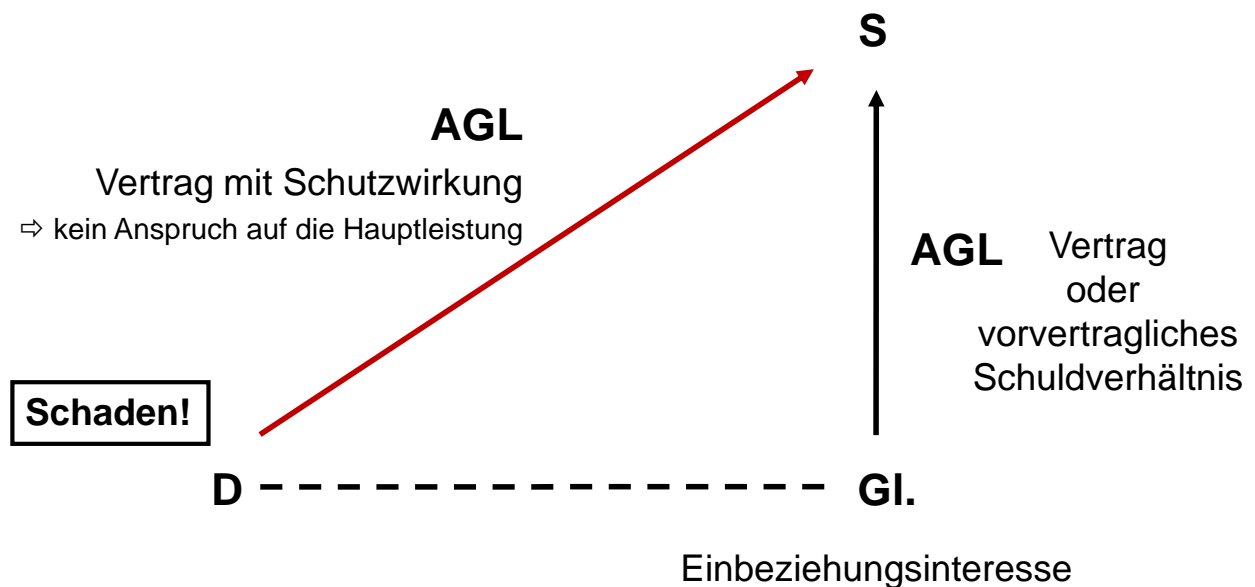
- behält Anspruch auf Leistung, aber nur an Dritten (§ 335 BGB)
 - § 335 BGB dispositiv ⇒ vertraglich vereinbar, dass nur der Dritte Anspruchsinhaber ist
- behält sämtliche Gestaltungsrechte
 - aber: Auslegung des Vertrages kann ergeben, dass Ausübung nur mit Zustimmung des Dritten zulässig (RGZ 101, 276, 277)

3. Schuldner (Versprechender)

- kann alle Einwendungen aus dem Deckungsverhältnis auch dem Dritten entgegenhalten (§ 334 BGB; aber dispositiv) ⇒ Folie 119
- hat Anspruch auf Schadensersatz bei Verletzung von Sorgfaltspflichten durch den Dritten (§§ 280 I, 241 II und § 823 BGB)

Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter

⇒ eigener Anspruch des Geschädigten



1. Rechtsidee

- Dritter wird in den Schutzbereich eines Vertrags oder eines vorvertraglichen Schuldverhältnisses (c.i.c.) einbezogen
- Vorteil: eigener vertraglicher Schadensersatzanspruch bei Verletzung von Schutz-/Sorgfaltspflichten

2. Zweck: Ausgleich der Schwächen deliktischer Ansprüche

- ⇒ durch Exculpationsmöglichkeit (§ 831 I 2 BGB) Einstandspflicht für Gehilfen eingeschränkt im Vergleich zum Vertragsrecht (dort unbedingte Zurechnung nach § 278 BGB)
- ⇒ keine Beweislastumkehr wie in § 280 I 2 BGB
- ⇒ Ersatz reiner Vermögensschäden nur bei Schutzgesetzverletzung (§ 823 II BGB) oder sittenwidriger Schädigung (§ 826 BGB)

3. Rechtsgrundlage: ergänzende Vertragsauslegung

4. Voraussetzungen (vgl. BAG ZIP 2016, 885, 886 [Rn. 17]; BGH ZIP 2016, 1586 [Rn. 17])

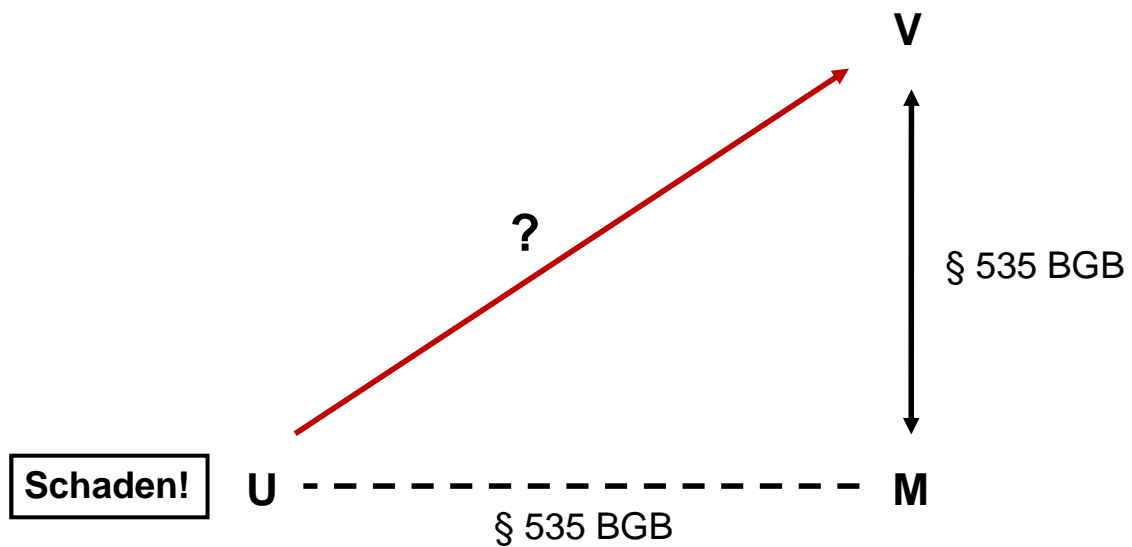
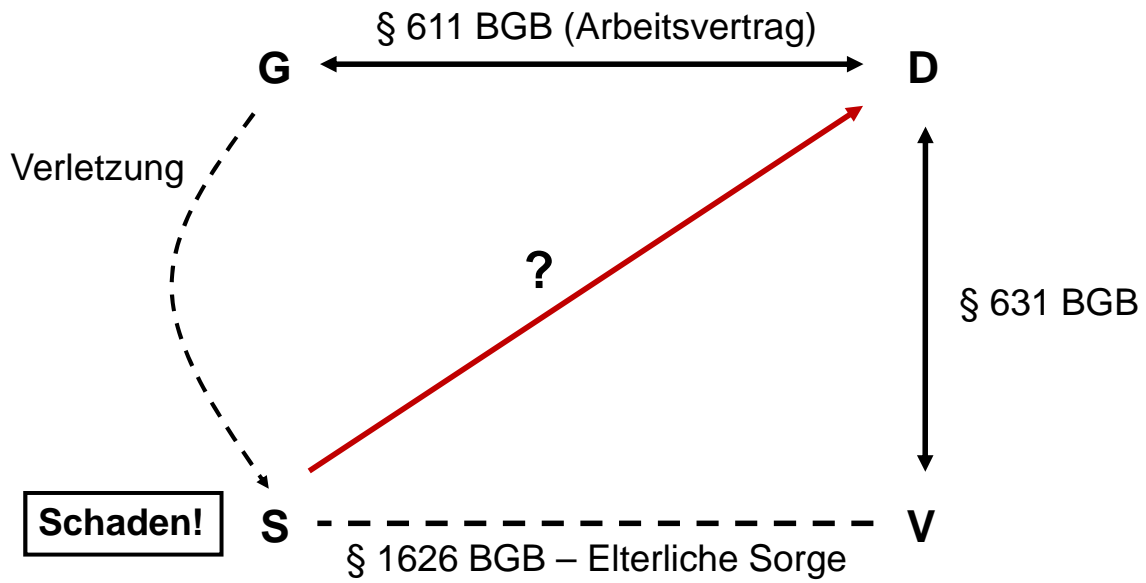
- bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten
 - Dritter muss Gefahren von Schutzpflichtverletzungen ebenso ausgesetzt sein wie der Gläubiger selbst
- berechtigtes Einbeziehungsinteresse
 - „Wohl und Wehe“ = Gläubiger schuldet dem Dritten Schutz + Fürsorge
 - ⇒ Rechtsbeziehung mit personenrechtlichem Einschlag (insbes. familienrechtliches, arbeitsrechtliches Verhältnis)
 - Gläubiger hat besonderes Interesse an der Einbeziehung des Dritten, das im Vertrag anerkannt wird (z.B. Gutachter-/Expertenhaftung) ⇒ Folie 129
 - nicht: Kaufvertrag zw. Hersteller + Händler zugunsten des Endverbrauchers
 - nicht: bargeldloser Zahlungsverkehr, da Massengeschäft (BGHZ 176, 281)

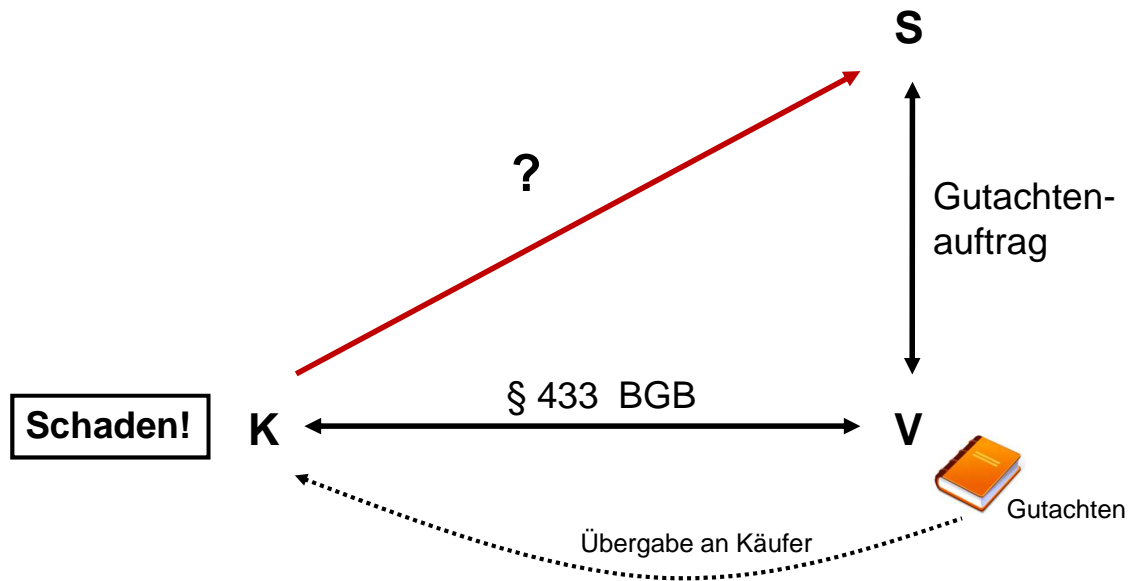
4. Voraussetzungen (Fortsetzung)

- c) Erkennbarkeit von Leistungsnähe und Einbeziehungsinteresse
 - Schuldner muss sein Haftungsrisiko bei Vertragsschluss erkennen können
 - keine Kenntnis von Namen + Zahl der Dritten erforderlich
- d) Schutzbedürfnis
 - kein inhaltsgleicher (vertraglicher) Anspruch gegen den Schädiger oder einen Dritten

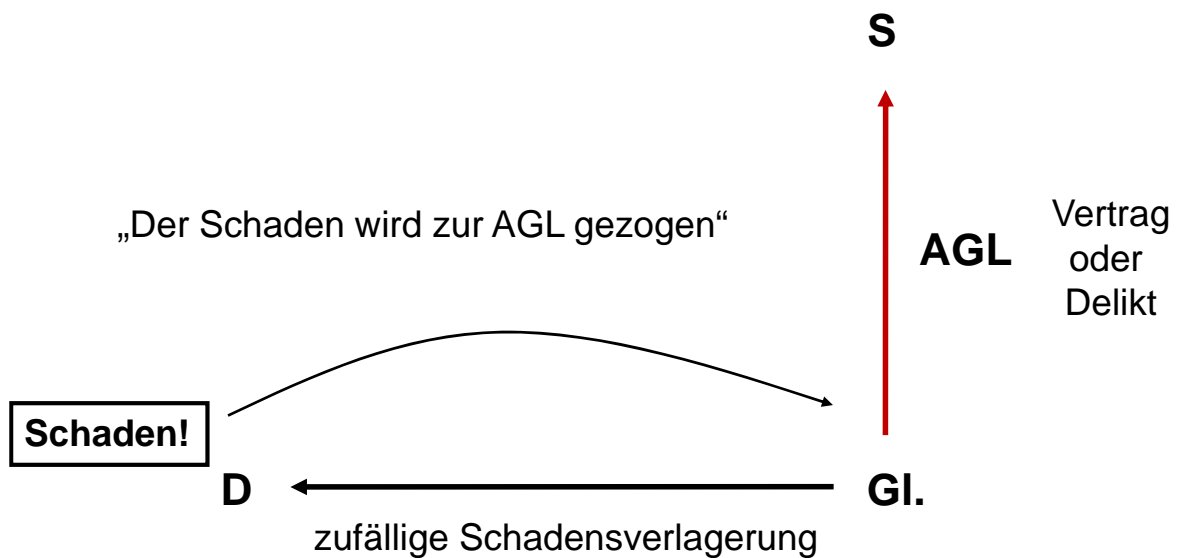
5. Rechtsfolgen

- a) kein Anspruch auf Primärleistung (⇔ VzD i.S.v. § 328 I BGB)
- b) aber: eigener vertraglicher Schadensersatzanspruch des Dritten bei Verletzung von Schutz-/Sorgfaltspflichten
 - ⇒ Einbeziehung des Dritten in den Schutzbereich des Vertrages bzw. vorvertraglichen Schuldverhältnisses
 - ⇔ anders bei der DSL: Vertragspartner liquidiert den Drittschaden (s.u. Folien 130 ff.)
- c) Haftungsbeschränkungen (§ 334 BGB analog)
 - i.d.R. Anrechnung von Mitverschulden des Gläubigers (Ausnahme: Abbedingung des § 334 BGB – auch stillschweigend)
- d) daneben deliktische Ansprüche denkbar





K = Käufer, V = Verkäufer, S = Sachverständiger/Gutachter



1. Grundlagen

- Relativität der Schuldverhältnisse: Für einen SchE-Anspruch müssen in der Person des Anspruchsinhabers alle Tatbestandsvoraussetzungen (einschließlich des Schadens) erfüllt sein ⇒ Der Gläubiger kann beim Schuldner grundsätzlich nur eigene Schäden liquidieren
 - ⇒ der Schaden eines am anspruchsbegründenden (vertraglichen oder deliktischen) Schuldverhältnis nicht beteiligten Dritten wird grundsätzlich nicht ersetzt
- Ausnahme: Der Anspruchsinhaber kann einen Drittschaden liquidieren, wenn der Schaden aufgrund einer internen Abrede zwischen ihm und dem Dritten zufällig auf den Dritten verlagert wird und die Entlastung des Schädigers deshalb unbillig erscheint

2. Voraussetzungen

- a) Anspruchsberechtigter ohne Schaden
- b) Geschädigter ohne Anspruch
 - eigener Anspruch (z.B. aus VSD) schließt DSL aus
- c) zufällige Schadensverlagerung
 - Fallgruppen s.u. Folien 133 ff. / Achtung: nicht bei Verkaufsketten

3. Rechtsfolge

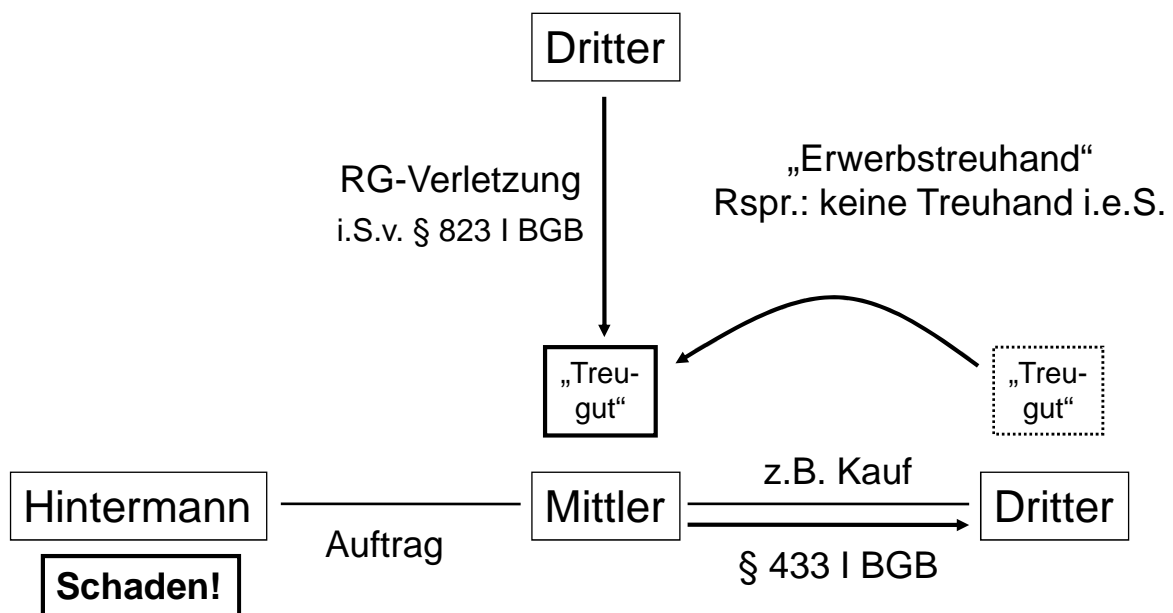
- h.M.: Anspruchsberechtigter kann den Schaden des Dritten liquidieren
- a.A.: Lehre vom normativen Schaden: Schaden ist aus der Person des Anspruchsberechtigten zu bestimmen ⇒ s.u. Folie 137
- Anspruch des Dritten gegen den Anspruchsberechtigten auf Abtretung des Schadensersatzanspruchs

1. Mittelbare Stellvertretung

- typische Fälle: Auftrag, Geschäftsbesorgung, Kommission, Spedition
- kein Schaden des mbr. Stellvertreters, weil er dem Hintermann selbst nicht haftet ⇒ Auftraggeber kann nur herausverlangen (§ 667 BGB), was der Beauftragte tatsächlich aus der Geschäftsbesorgung erlangt
⇒ Gefahrtragung des Auftraggebers/Hintermanns
- Rechtsprechung betrifft vorwiegend vertragliche Ansprüche (Schäden aus Nicht- bzw. Schlechtleistung des Dritten)
- Deliktsansprüche bei Rechtsinhaberschaft des mbr. Stellvertreters
 - ❖ Beachte: ggf. Rechtserwerb des Hintermanns durch Geschäft für den, den es angeht ⇒ eigener Anspruch des Hintermanns aus § 823 I BGB

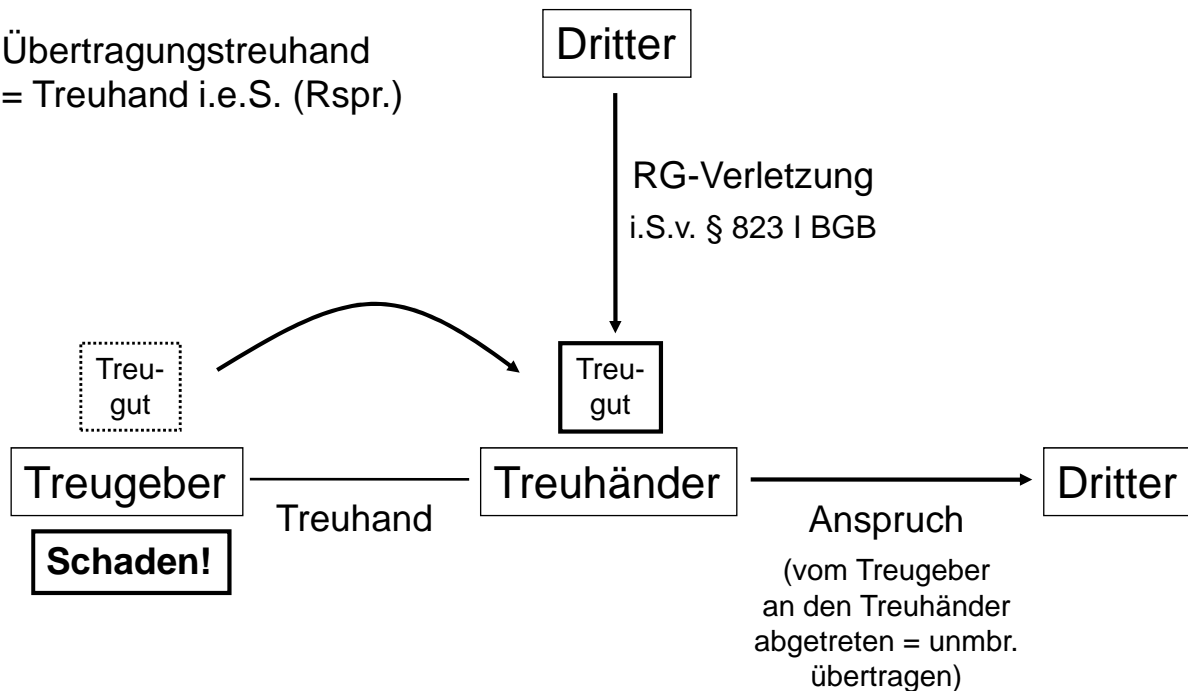
2. Treuhand

- Wie Fallgruppe 1 ⇒ Rechtsträgerschaft für fremde Rechnung



⇒ Fall Nr. 27 – Die Top Story

Übertragungstreuhand
= Treuhand i.e.S. (Rspr.)

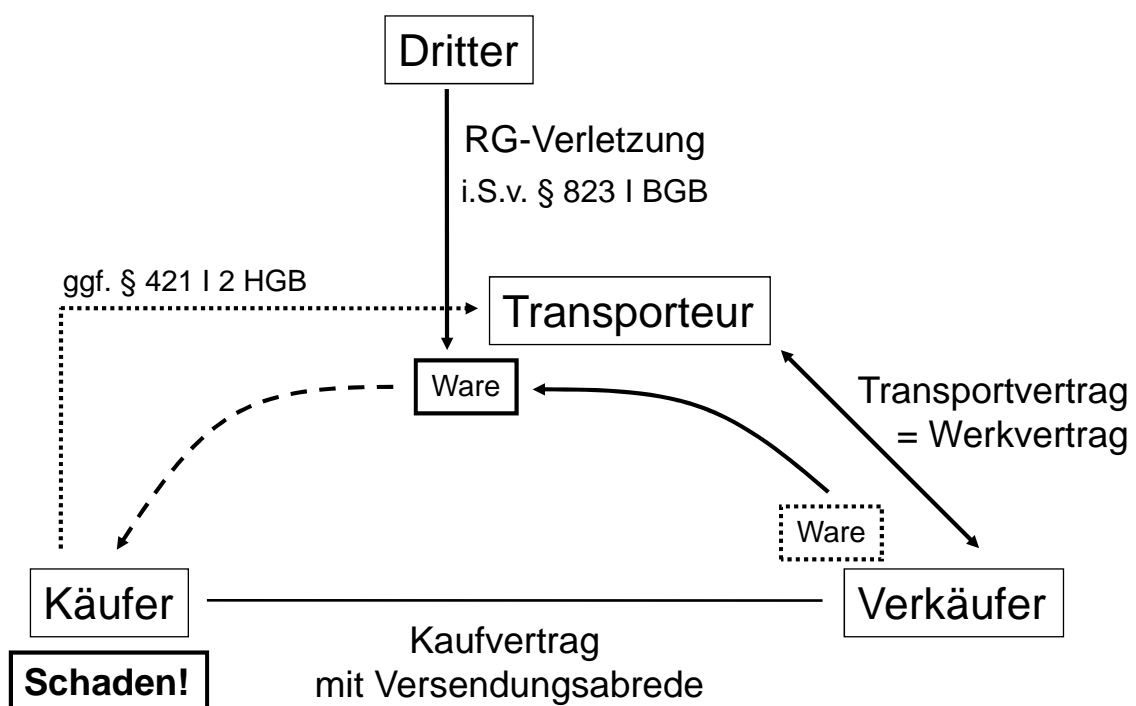


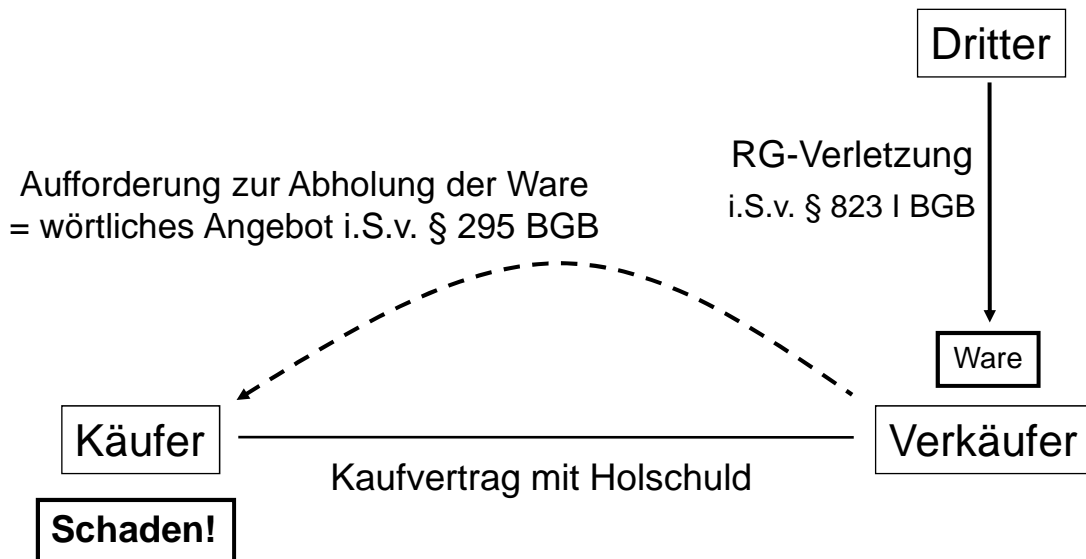
3. Obligatorische Gefahrentlastung

- Vertragspartner/Rechtsinhaber hat keinen Schaden, weil ihm ein Dritter trotz fehlender oder mangelhafter Lieferung den vollen Kaufpreis schuldet (Gefahrübergang auf den Käufer/Gläubiger)
 - Versendungskauf: § 447 BGB (⇔ § 474 II 2 BGB) ⇔ Folie 138
 - Annahmeverzug des Gläubigers (§ 326 II 1 Alt. 2 BGB) ⇔ Folie 139
- Vertragspartner/Rechtsinhaber hat keinen Schaden, weil er die Sache ohnehin an den Dritten ohne Gegenleistung zu übertragen hatte und er von dieser Verpflichtung gemäß § 275 I BGB befreit wird
 - Vermächtnis ⇔ Folie 140
 - Schenkung ⇔ Folie 140
- Rechtsfolge: b.w.

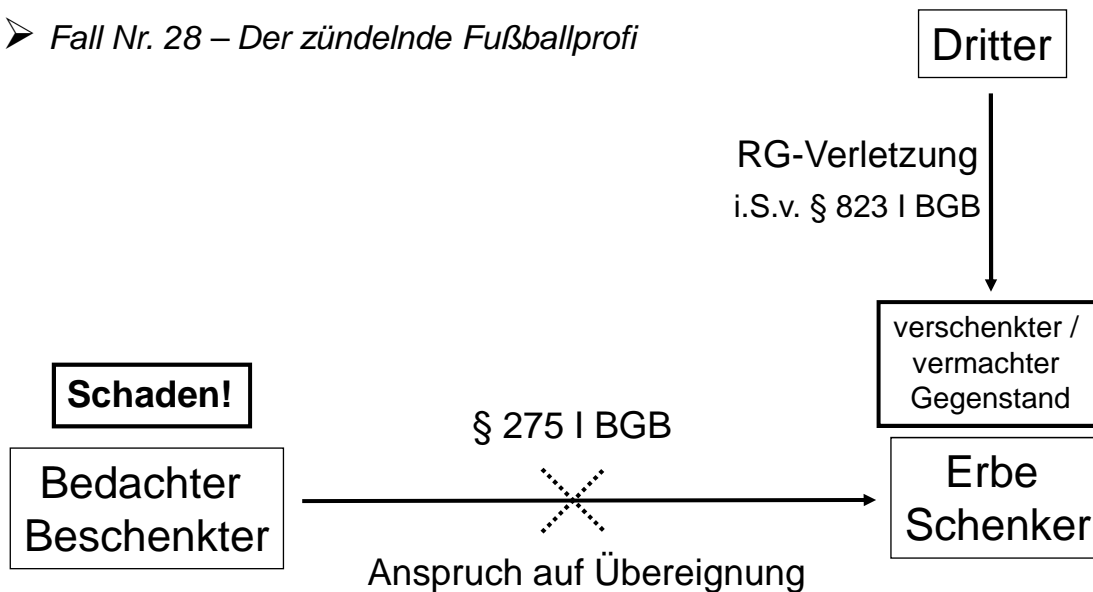
3. Obligatorische Gefahrentlastung

- h.M.: Vertragspartner/Rechtsinhaber kann den Schaden des Dritten beim Schuldner/Schädiger liquidieren (daher: Drittschadensliquidation)
- Alternative: Lehre vom normativen Schaden: eigener Schaden des Vertragspartners/Rechtsinhabers in wertender Betrachtung
 - Vergleich zu Fällen des versagten Vorteilsausgleichs ⇒ Leistung eines Dritten soll den Schädiger nicht entlasten (Wertung aus § 843 IV BGB)
 - Beispiel für Gefahrübergang bei Versendungskauf oder Annahmeverzug: fortbestehender Kaufpreisanspruch wird bei der Schadensberechnung ausgeblendet ⇒ Verkäufer kann eigenen Schaden geltend machen
- *Fall Nr. 28 – Der zündelnde Fußballprofi*



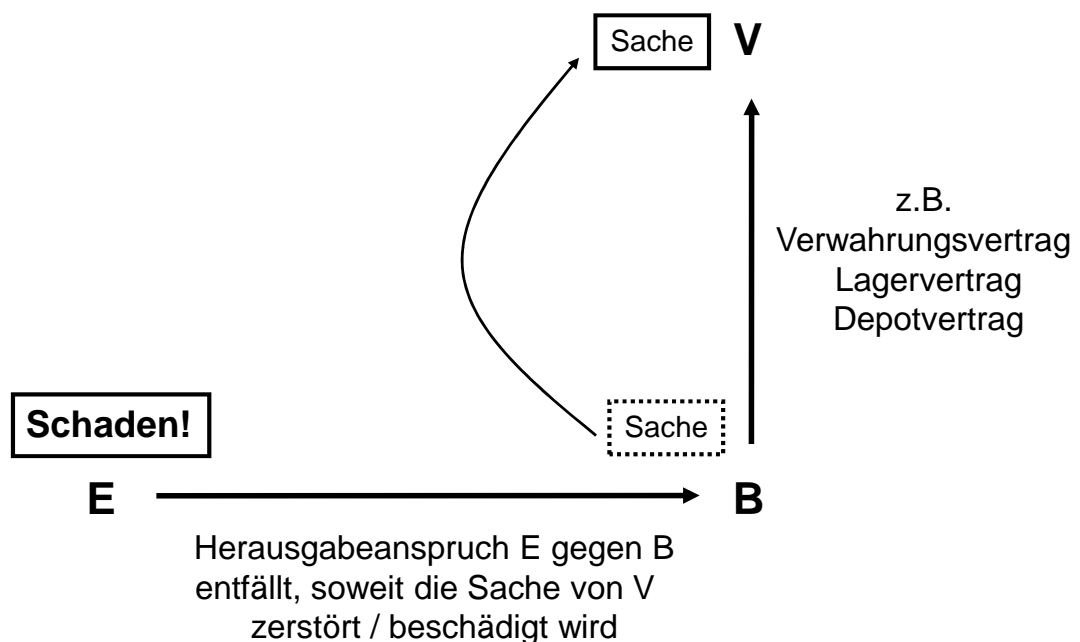


➤ Fall Nr. 28 – Der zündelnde Fußballprofi

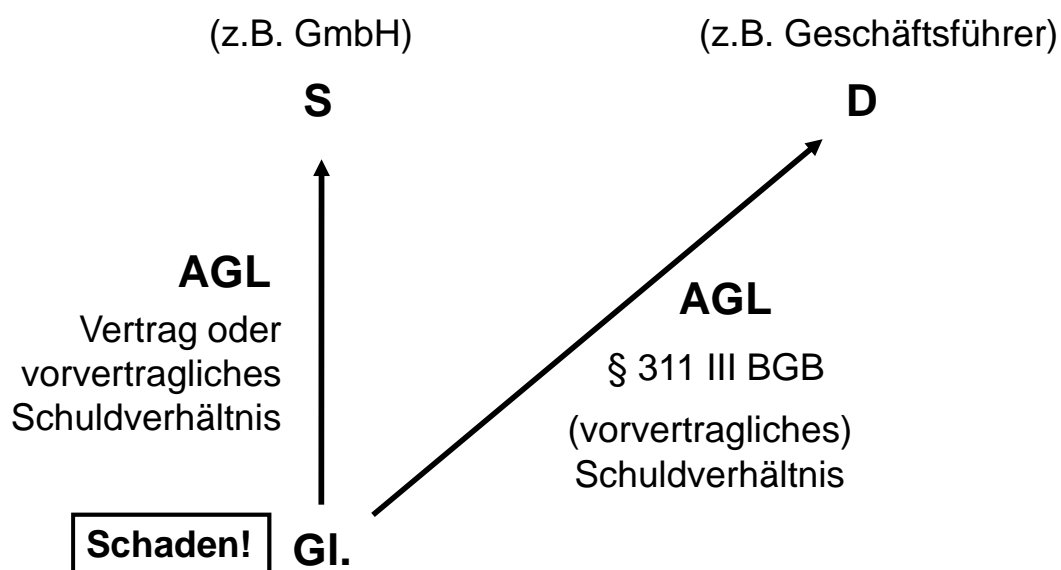


4. Obhut für fremde Sachen

- Besitzer (B) gibt eine ihm fremde Sache des Eigentümers (E) in die Obhut seines Vertragspartners (V), der sie schuldhaft beschädigt
- E hat zwar aufgrund seines Eigentums an der Sache eigene deliktische Ansprüche gegen V, aber keine vertraglichen Ansprüche
- B hat hinsichtlich seiner vertraglichen Anspruchsgrundlage keinen Schaden, da er die Sache dem E nur in ihrem jeweiligen (nunmehr von V beschädigten) Zustand herauszugeben hat
- Fälle
 - Aufbewahrung, Einlagerung, Indepotgabe fremder Gegenstände
 - Gast bringt beim Gastwirt fremde Sachen ein (§ 701 BGB)
 - Schädigung angemieteter Sachen durch Vertragspartner des Mieters



- ❖ **Dritter** = Person, die nicht Partei des sich anbahnenden Vertrages werden sollte
- ❖ **Differenzierung:** Einbeziehung als
 - Schuldner (Haftung eines Dritten) ⇒ Folien 144 ff.
 - Gläubiger (Anspruchsberechtigung eines Dritten) ⇒ Folien 148 f.



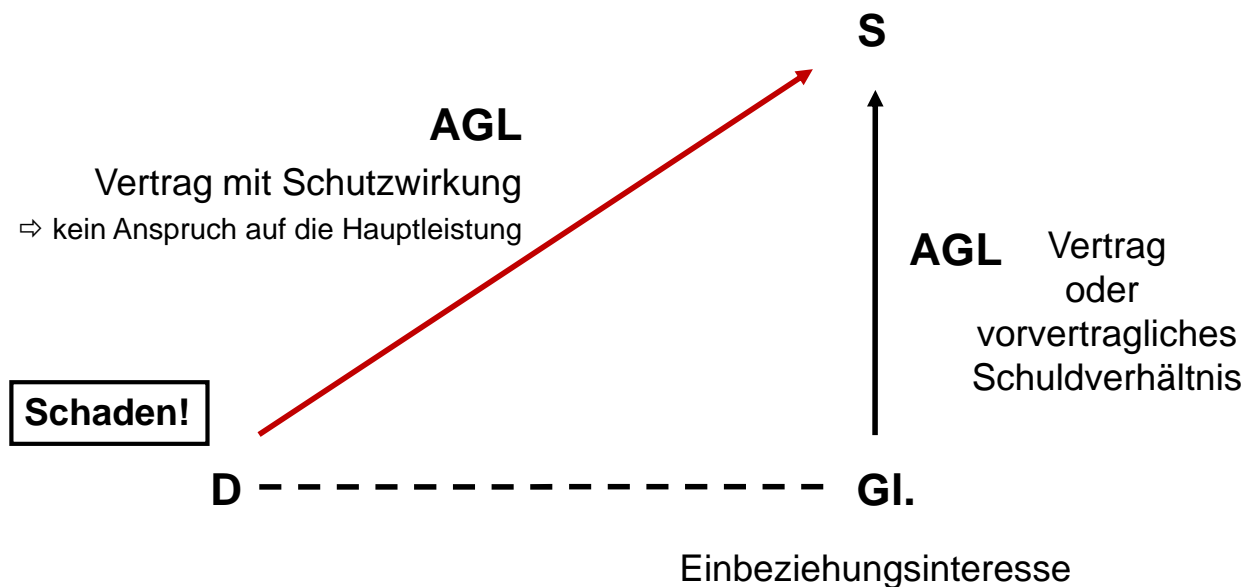
1. **Voraussetzung:** vorvertragliches Schuldverhältnis zu dem in Anspruch genommenen Dritten (§ 311 III 1 BGB)
2. **Konkretisierung in § 311 III 2 BGB:**
 - a) Inanspruchnahme besonderen Vertrauens
 - besondere persönliche Gewähr für die Seriosität und die Erfüllung des Geschäfts (Vorfeld einer Garantie)
 - Geschäftsführer einer GmbH nimmt grundsätzlich nur das normale Verhandlungsvertrauen in Anspruch ⇒ Anspruch nur gegen die GmbH
 - b) Erheblicher Einfluss auf die Vertragsverhandlungen oder den Vertragsschluss
 - maßgebliche Einwirkung auf den Willensentschluss des anderen Teils

- c) Beispiele für § 311 III 2 BGB
 - Kraftfahrzeughändler, der Fahrzeug in fremdem Namen verkauft, aber im Rahmen der Verhandlungen wie ein Verkäufer auftritt (BGHZ 79, 281)
 - anders bei einem Gutachter, der den Vertragsgegenstand falsch bewertet und dessen Gutachten den Vertragsverhandlungen zwischen Verkäufer und Käufer zugrunde gelegt wird
 - ⇒ nach h.M. keine Haftung aus c.i.c., sondern aus dem Gutachtervertrag i.V.m. den Grundsätzen über den Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter (BGHZ 127, 378)

3. Sonstige Fälle (vgl. § 311 III 2 BGB: „...insbesondere...“)

- ⇒ Hauptfall: unmittelbares wirtschaftliches Eigeninteresse des Dritten
- ⇒ Problem: Gesellschaftergeschäftsführer einer GmbH
 - nicht ausreichend: Mehrheits- / Alleingesellschafter
 - BGH früher: Bürgschaft oder dingliche Sicherheit ⇒ Aushöhlung der Haftungsbeschränkung aus § 13 II GmbHG
 - BGHZ 126, 181: Rückkehr zur Rspr. des RG: „procurator in rem suam“
 - BGH NJW-RR 2001, 1611: Haftung aus einem selbstständigen Garantieversprechen, sofern ein solches angenommen werden kann.
 - BGH NJW-RR 2002, 1309: GmbH wird nur zum Schein als Auftraggeber vorgeschoben

Anspruchsberechtigung eines Dritten (Vertrag mit Schutzwirkung zug. Dritter)



1. **Voraussetzung:** vorvertragliches Schuldverhältnis des Gläubigers zu der in Anspruch genommenen Partei
2. **Einbeziehung des Dritten** (siehe allgemein zum VSD oben Folien 124 ff.)
 - ⇒ Voraussetzungen eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
 - bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten
 - berechtigtes Einbeziehungsinteresse einer der Parteien
 - Erkennbarkeit von Leistungsnähe und Einbeziehungsinteresse
 - Schutzbedürfnis = kein eigener vertraglicher Anspruch
 - ⇒ Beispiel: Ein 14 Jahre altes Mädchen begleitet seine Mutter beim Einkauf und rutscht auf einem Salatblatt aus (vgl. BGHZ 66, 51).

© 2017
Prof. Dr. Georg Bitter
Universität Mannheim
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Bank- und Kapitalmarktrecht, Insolvenzrecht

Schloss Westflügel W 241/242
68131 Mannheim

www.georg-bitter.de